

Die Linke

Stadtverband
Leipzig

Sozial. Solidarisch. Stark.

Leipzigs Zukunft gerecht gestalten
Kommunalwahlprogramm 2024

www.dielinke-leipzig.de

Sozial, Solidarisch, Stark.

Leipzigs Zukunft gerecht gestalten!

Inhaltsverzeichnis:

Präambel	Seite 1
1. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben	Seite 2
1.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht	Seite 3
1.2. Umfassende Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen	Seite 3
1.3. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter	Seite 5
1.4. Gleichstellung aller Geschlechter	Seite 6
1.5. Inklusion umsetzen	Seite 8
1.6. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege	Seite 9
1.7. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention	Seite 10
1.8. Leipzig wird vielfältiger und migrantischer	Seite 11
2. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit und gute Löhne	Seite 12
2.1. Stabile, nachhaltige Wirtschaft und soziale Verantwortung	Seite 13
2.2. Die Stadt Leipzig in Vorbildfunktion für gute Arbeit	Seite 14
2.3. Sicherung kommunaler Unternehmen	Seite 15
2.4. Zukunft finanzieren durch intelligente Haushaltspolitik	Seite 16
3. Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen	Seite 17
3.1. Gute KITA-Betreuung für alle Kinder	Seite 17
3.2. Eine gute Schule für alle	Seite 18
3.3. In Leipzig studieren und forschen	Seite 20
4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle	Seite 20
4.1. Bezahlbares Wohnen für alle	Seite 21
4.2. Wohnungslosigkeit beenden	Seite 22
4.3. LWB und Genossenschaften stärken	Seite 23
4.4. Grundstücke in öffentliche Hand	Seite 24
4.5. Für eine zeitgemäße Baukultur	Seite 25
4.6. Alternativen für faires Wohnen fördern	Seite 26
5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt	Seite 27
5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken	Seite 27
5.2. Fußverkehr fördern	Seite 28
5.3. Radverkehr ausbauen	Seite 29
5.4. Autoverkehr vermeiden	Seite 30
6. Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle	Seite 31
6.1. Soziale Energiewende für alle	Seite 31
6.2. Für eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall reduziert und Ressourcen spart	Seite 32
6.3. Für eine sozial-gerechte ökologische Landwirtschaft	Seite 33
6.4. Gute Klimapolitik ist soziale Politik	Seite 34
6.5. Natur- und Umweltschutz vor Profitinteressen	Seite 35
6.6. Für eine lebenswerte Stadtentwicklung und ein Recht auf Grün für alle	Seite 35
7. Wir alle sind Leipzig	Seite 36
7.1. Leipzig gemeinsam gestalten	Seite 37
7.2. Kultur für alle	Seite 38
7.3. Moderne und bevölkerungsnaher Verwaltung	Seite 41
7.4. Sport als Motor des sozialen Zusammenhaltes	Seite 42

Sozial, Solidarisch, Stark.

Leipzigs Zukunft gerecht gestalten!

Kommunalwahlprogramm DIE LINKE Leipzig 2024

Präambel

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

am 9. Juni 2024 finden die Wahlen zu Leipzigs Stadtrat und den Ortschaftsräten statt. Seit den letzten Kommunalwahlen 2019 ist in unserer Heimatstadt die Verflechtung globaler Einflüsse mit lokalen Herausforderungen spürbar enger geworden als jemals zuvor – davon zeugen nicht nur die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und der rasch voranschreitende Klimawandel. Damit behalten Kommunalpolitik sowie Landes- bzw. Bundespolitik zwar ihre jeweilige Spezifik, doch viele gegenseitige Abhängigkeiten wirken enger und unmittelbarer. So werden die Städte immer spürbarer vom Klimawandel und den weltweiten Migrationsbewegungen erreicht, Konzernentscheidungen über globale Lieferketten betreffen die lokale Wirtschaft ohne zwischenliegende Puffer.

Viele Leipzigerinnen und Leipziger spüren darüber hinaus, wie die rücksichtslose Umverteilung von unten nach oben in der Bundesrepublik weiter vorangetrieben wird und schauen angesichts der vielfältigen Krisen weniger zuversichtlich in die Zukunft: insbesondere die Ängste und Unsicherheiten wegen der Mietentwicklungen und der stark steigenden Lebenshaltungskosten nehmen nachweislich zu. Diese Entwicklungen führen zu sozialen Verwerfungen innerhalb der Stadtgesellschaft. Wir wollen ein Leipzig für alle, die hier leben. Ein Leipzig mit einer Stadtgesellschaft, die sich gegenseitig unterstützt und ihre einzelnen Teile zu selbstbewusstem Handeln ermutigt.

Die Leipziger LINKE behauptet damit ihre klare und eindeutige kommunalpolitische Position einer alternative Gestaltungspartei. Als stärkste Fraktion in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode von 2019-2024 kann sich unsere Bilanz sehen lassen: mit 196 Anträgen und über 615 Anfragen waren wir erneut die aktivste Fraktion im Stadtrat. Zu unseren größten Erfolgen zählen der Beschluss zur Einführung der Schulsozialarbeit an allen Schulen bis 2028 sowie die Verankerung von 30 Prozent öffentlichen Kitas in der Kitastrategie der Stadt, die Einführung des Bürgerhaushaltes als deutschlandweites Vorbild, die Einführung eines Sozialtickets als Deutschlandticket, die Finanzierung des Inflationsausgleichs für alle LVB-Beschäftigten auch ohne Tarifvertrag, die Einführung von Milieuschutzsatzungen zum Schutz von Mieterinnen und Mietern und die jährliche Angleichung der Kosten der Unterkunft an die tatsächliche Entwicklung. Darüber hinaus haben wir maßgeblich dafür gesorgt, dass es keine Kürzungen des Haushaltes der Stadt gibt und sogar mehr Stellen in Bürgerservice, Ordnungsamt und Wohngeldstelle diese Prozesse schneller für die Bürger*innen machen.

In der nächsten Wahlperiode, die fast bis an das Schwellenjahr 2030 reicht, bleibt für eine starke LINKE als Sachwalterin fortschrittlicher bürgerschaftlicher Interessen viel zu tun. Leipzig befindet sich zwar demografisch und auch wirtschaftlich weiterhin auf einem

2 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

moderaten Wachstumspfad, die kommunale Haushaltssituation ist jedoch sehr angespannt. Knapp 35 Jahre nach der Wende beträgt der Anteil der von Armut Betroffenen weiterhin deutlich über 20 Prozent. Kinderarmut und wachsende Altersarmut sind bittere Realität in unserer Stadt. Die Einkommen der meisten Leipzigerinnen und Leipziger hinken immer noch vergleichbaren Städten im Westen hinterher und sind selbst im sächsischen Vergleich keineswegs führend.

Angesichts dieser kritischen Entwicklungen gilt es, den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft unbedingt zu stabilisieren. Der Sozialbereich ist im Rahmen der von uns angestrebten sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft daher das zentrale Politikfeld der LINKEN und "Zukunft gerecht gestalten!" folgerichtig unser Leitmotiv. Diesen Anspruch realisieren wir im steten Dialog mit der Leipziger Bevölkerung und mit enormer Präsenz vor Ort, denn der angestrebte Wandel ist nur zu erreichen, wenn alle progressiven gesellschaftlichen Kräfte einbezogen und sämtliche kreativen Potentiale der Stadtgesellschaft erschlossen werden. In diesem Sinne versteht sich das vorliegende Kommunalwahlprogramm, das mit engagierter externer Unterstützung entstanden ist, nicht nur als Wahl-, sondern auch als Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat.

1. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben

Für DIE LINKE gehören soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben für jeden Menschen zu den unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre sind in Leipzig mit einer Armutsgefährdungsquote von 23,7 Prozent nach bundesweitem Maßstab fast ein Viertel der Menschen von Armut betroffen. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft vertiefte sich in den letzten Jahren, Corona wirkte dabei als Katalysator. Damit untrennbar verknüpft sind Folgewirkungen, z.B. die kontinuierlich steigenden Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung. Signifikant ist auch der direkte Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an Kinderarmut und der Einkommensarmut der Eltern mit dem deutlich geringeren Anteil für gymnasiale Bildungsempfehlungen.

Die demographische Entwicklung mit einer anhaltenden niedrigen Geburtsratsrate, einem erfreulichen Anstieg der Lebenserwartung und der damit verbundenen Alterung der Bevölkerung sowie dem einhergehenden Wandel des Krankheitsspektrums hin zu chronisch-degenerativen und psychischen Erkrankungen erfordern eine effektivere Gesundheitsförderung und Prävention. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Ausprägung der Bereitschaft und die Befähigung der Menschen, selbst Verantwortung für ein persönliches Gesundheitsverhalten zu übernehmen, ist ein wesentlicher Aspekt eines selbstbestimmten Lebens. Alles zu tun für eine gesunde, geistige und physische Entwicklung unserer Kinder ist uns Herzenssache!

Wir benötigen mehr erfolgreiche Instrumente und Handlungskonzepte zur Gegensteuerung, wobei wir wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Kommune durch die weitgehend neoliberale Bundes- und Landespolitik eingeschränkt sind. Gerade deshalb setzen wir uns in Leipzig für eine nachhaltige Sozialpolitik ein, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht wird.

1.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht

Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipzigerinnen und Leipziger richten und sie so in das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. DIE LINKE tritt vor allem für alle diejenigen Menschen ein, die finanziell und sozial benachteiligt werden. Auch mit Einführung des Bürgergeldes und der minimalen Erhöhung des Mindestlohns hat sich deren prekäre Lage kaum verbessert. Gerade weil sich viele der Betroffenen zurückgezogen haben, möchten wir sie ermutigen, politisch aktiv zu werden, um die notwendigen politischen Veränderungen einzufordern bzw. selbst mitzugestalten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensarme Haushalte
- den Erhalt und die Schaffung von bezahlbaren Wohnungen für einkommensarme Haushalte sowie benachteiligte Menschen (erster Wohnraum für junge Menschen, suchtkranke und psychisch kranke Menschen, Geflüchtete, Menschen mit besonderen Bedarfen usw.)
- eine Anhebung der Grundfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie Träger im Sozialbereich sowie faire Ausschreibungsverfahren, insbesondere zur tarifgerechten Entlohnung und zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung
- die Sicherung, bessere Kommunikation und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes des Leipzig-Passes, u.a. die Ausweitung auf weitere Menschen im Niedriglohnbereich
- die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für Beziehende von Bürgergeld, von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- die aktive Bekämpfung der Kinderarmut als oberste Priorität der Stadtpolitik
- die Stabilisierung des Sozialen Arbeitsmarktes
- eine Ausbildungsoffensive gegen den zunehmenden Fachkräftemangel auch im Sozialbereich
- die Bekämpfung von Einsamkeit verschiedener Gesellschaftsgruppen.

1.2. Umfassende Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen

Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen erfordert die quantitative, aber vor allem die qualitative Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten, bei der die umfassende soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt steht. Dies muss durch eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Akteurinnen und Akteure gewährleistet werden. Die Selbstorganisation von jungen Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen Freiräume müssen erhalten und ausgebaut werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die konsequente Umsetzung der Leipziger Kindercharta
- die umfassende Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention im kommunalen Handeln und entsprechend für die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf

4 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

die Belange von Kindern, Jugendlichen und deren Familien (Kinder- und Jugendbeteiligung stärken)

- die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die für herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert sind
- die Stärkung und Weiterentwicklung der interkulturellen Kompetenzen der Pädagoginnen und Pädagogen in Kita und Hort
- ein funktionierendes Jugendamt, das insbesondere durch gut aus- und weitergebildetes Personal und verlässliche Strukturen in der Lage ist, Hilfen schnell und zielgenau zu vergeben
- den Ausbau der Erziehungs- und Familienberatungsstellen im gesamten Stadtgebiet, die den familienformspezifischen Lebenslagen von Alleinerziehenden und ihren Kindern sowie den Patchwork- und Regenbogenfamilien besser gerecht wird
- zeitnahe Beratungstermine für Kinder und Jugendlichen mit psychosozialen Belastungen, Depression oder selbstverletzendem Verhalten
- die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe insbesondere durch gute - möglichst tarifgebundene - Löhne und gute Arbeitsbedingungen
- die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
- ein bedarfsgerechtes Budget der Kinder- und Jugendförderung, um Kinder- und Jugendarbeit qualitativ und quantitativ zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen
- die dauerhafte Sicherung aller Standorte und Räume der Kinder- und Jugendarbeit als Freiräume für junge Menschen sowie die stetige Erschließung neuer Freiräume, wo immer möglich, um die selbstorganisierte, selbstverwaltete und alternative Jugendkultur zu fördern
- die verstärkte Förderung von vulnerablen Gruppen, wie Alleinerziehende oder junge Erwachsene, die von der Fürsorge nicht mehr erfasst werden (Careleaver*innen) durch spezifische Angebote und Förderung der Selbstorganisation und Selbstvertretung
- die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur stationären Unterbringung in HZE-Maßnahmen (Hilfen zur Erziehung) sowie die engagierte Beratung und Begleitung durch den Pflegekinderdienst
- die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommune, insbesondere der Jugendpauschale sowie einer Refinanzierung der Kosten, die durch die Aufgaben im SGB VIII entstehen, durch den Bund
- die Schaffung einer Koordinierungsstelle für komplexe Fälle, um schnellstmöglich eine entsprechende Hilfe/Anschlusshilfe installieren zu können
- die Stärkung und den Ausbau der Inobhutnahme-Einrichtungen und Anschlussangebote
- die Sicherstellung und der Ausbau von Streetwork/mobile Jugendarbeit im gesamten Leipziger Stadtgebiet sowie die Prüfung der Etablierung von mobiler Kindersozialarbeit.

1.3. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter

Selbstbestimmtes Leben, Teilhabe auch im Seniorenalter sowie Altern in Würde sind unveräußerliche Menschenrechte in einem Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag einbringen und bürgerschaftlich engagieren, wofür es aber auch spezifischer Angebote bedarf. In Leipzig befindet sich ein Fünftel der Bevölkerung im Seniorenalter (65+). Die Altersarmut nimmt leider zu, und zukünftig werden noch mehr Personen im Rentenalter armutsgefährdet sein bzw. in Armut leben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die konsequente Umsetzung des Fachplans „Älter werden in Leipzig“ sowie Fortschreibung und Beschlussfassung bis 2028 für die Folgejahre ab 2029
- die bessere Berücksichtigung der Belange älterer Menschen in weiteren einschlägigen Fachplanungen (Pflege, Planung des öffentlichen Raumes, Sozialplanung, Sportstättenplanung, Verkehrsplanung, Wohnungspolitisches Konzept usw.)
- mehr Angebote zur Schulung der Senior*innen für eine barrierefreie Internetnutzung (z.B. online-Termine, online-Tarife), um soziale Exklusion zu vermeiden
- eine spezielle Befragung vom Amt für Statistik und Wahlen zum Thema „Älter werden in Leipzig“ (analog wie 2016), um mehr über die aktuellen Bedürfnisse älterer Menschen zu erfahren, die Ergebnisse sollen sich in konkreten Maßnahmen wiederfinden
- mehr Ressourcen für fachliche Beratung (Einzelfallbegleitung, Fallverantwortlichkeit) in den Seniorenbüros
- die Dynamisierung der Förderung für die Offene Seniorenarbeit in allen Seniorentreffs infolge der steigenden Nutzerzahlen und der erhöhten finanziellen Aufwände
- die in Paragraph 71 SGB XII genannten Aufgaben auf dem Gebiet der Altenhilfe über eine entsprechende Bundesgesetzgebung zur Pflichtaufgaben in den Kommunen zu erklären
- die zeitnahe Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für seniorengerechte Quartiersentwicklung und dessen Umsetzung
- die Schaffung von wesentlich mehr altengerechten und barrierefreien Wohnungen durch Neubau sowie Umbau und Sanierung bestehender Wohnungen sowie die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben im Wohnungspolitischen Konzept
- die maximale Entfernung zum Nahversorger und der nächsten Bus- bzw. Straßenbahnhaltestelle sollte möglichst 300 Meter betragen
- einen gleichberechtigten Zugang für ältere Menschen mit Migrationshintergrund zu gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen Wohnungsbaus
- die Fertigstellung des in Erarbeitung befindlichen und bereits 2018 vom Stadtrat beschlossenen Toilettenkonzepts als gesamtstädtisches Sanitärkonzept im Jahr 2024 und mit der schrittweisen Realisierung beginnend im Rahmen des Doppelhaushaltes 2025/2026. Das betrifft auch das bereits vorab beschlossene, aber noch nicht in der Umsetzung begonnene Toilettenkonzept Innenstadt.

6 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- die Verbesserung der Mobilität von Senior*innen mit für alle bezahlbaren Tarifen und Ausbau des Flexa-Fahrdienstes der LVB zur Anbindung der städtischen Randgebiete an das S-Bahn- sowie das LVB-Straßenbahn- und Busnetz.

1.4. Gleichstellung aller Geschlechter

Wir stehen als LINKE für die Gleichberechtigung aller Menschen - egal welchen Geschlechts. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen/aller Geschlechter in sämtlichen Lebensbereichen selbstverständlich ist. Deshalb kämpfen wir solidarisch weiter für die Rechte aller von Diskriminierung Betroffenen, für die Umsetzung eines wirklichen sozialen Miteinanders. Für eine Gemeinschaft, die geprägt ist von gegenseitiger Anerkennung, Akzeptanz sowie Unterstützung. Die kommunale Verwaltung hat die Aufgabe, diese Gleichstellung uneingeschränkt mitzudenken und mitzugestalten.

1.4.1. Gleichstellung vorleben und Frauen* sichtbar machen

Hannah Gildoni ist die bisher einzige Ehrenbürgerin der Stadt Leipzig. Auch in anderen Bereichen des öffentlichen städtischen Lebens sind Frauen* unterrepräsentiert.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine Stärkung des Gleichstellungsreferats durch Erhöhung der Ressourcen (Personal und Mittel)
- eine ausreichende Finanzierung des Leipziger Frauen*- und Flinta-Festivals
- die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Förderplänen für Frauen*, Trans- und Interpersonen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, kommunalen Unternehmen und städtischen Eigenbetrieben
- die paritätische Besetzung von Führungspositionen und mehr Frauen in Aufsichtsräten
- die paritätische Besetzung bei der Auswahl von Referent*innen für sämtliche kommunale und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2025 in Form von öffentlichkeitswirksamen Aktionsformen
- eine Teilnahme der Stadtverwaltung am Girls' Day
- eine gendersensible Sprache, welche die Geschlechtervielfalt der Stadtgesellschaft abbildet
- die Würdigung aktiver Frauen* als Ehrenbürgerin
- eine Erinnerungskultur zur Sichtbarmachung der Geschichte von Frauen* und Lesben, Schwulen, Queers, bi-, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (z. B. Straßennamen, Denkmäler etc.)
- die Berücksichtigung von Genderaspekten bei städtische Gesundheitsprojekten
- Erarbeitung eines Awareness-Leitfadens für Großveranstaltungen der Stadt Leipzig.

1.4.2. Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist eines der furchtbarsten Probleme, Femizide finden überall statt. Dem aktiv entgegen zu wirken muss auch eine kommunale Aufgabe sein. Hier muss die Kommune vor allem präventiv agieren und Notfallhilfe anbieten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die vollständige Finanzierung aller Frauen*schutzhäuser durch die Kommune
- eine bedarfsgerechte Anpassung der Schutzplätze gemäß der Istanbul-Konvention
- die Einrichtung von Schutzwohnungen für Mädchen unter 18 Jahren
- der personelle Ausbau sowie die finanzielle Übernahme durch die Kommune (ohne Eigenmittelanteil) von Frauenberatungsstellen
- besondere Maßnahmen für migrantische Betroffene: Dolmetscher*innen sollen selbstverständlich werden
- verpflichtende Fortbildungsangebote zum Thema Schutz vor Gewalt für Angestellte der kommunalen Verwaltung (Jugend- und Sozialamt)
- Weiterbildungsseminare zum Schutz vor Gewalt für Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen sowie für Erziehende in der Kindertagesbetreuung
- mehr Sensibilisierungsseminare für Polizist*innen
- eine Verwendung gendersensibler Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- öffentlichkeitswirksame Aktionen am 25. November, dem Tag „Nein zu Gewalt an Frauen und ihren Kindern!“ durch die Kommune
- ein Verbot jeglicher sexistischer Werbung im gesamten öffentlichen Raum
- öffentlichkeitswirksame Aktionen/Kampagnen (Hinweise im öffentlichen Raum, Haltestellen, Bahnhöfen ÖPNV usw.) zum Thema Schutz vor Gewalt und den Hilfsangeboten (Notruftelefon)
- die Schaffung und die Bewerbung von Täterhilfe.

1.4.3. Queeres Leben sichtbar machen und fördern

Wir arbeiten politisch dafür, die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich- und mehrgeschlechtlicher sexueller Orientierung als Selbstverständlichkeit umzusetzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Steigerung einer positiven und nicht-stereotypen Darstellung von trans*-, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen im öffentlichen Leben (z.B. kostenfreie Informationsangebote „studium GENDERale“, Präsentation des digitalen Genderkalenders z.B. im Rathaus, in Bibliotheken, öffentlich zugänglichen Plätzen und Räumen)
- (verpflichtende) Schulungen zum Thema Gleichstellung/Geschlechtersensibilität in den kommunalen Institutionen zur Sensibilisierung von Fachkräften in Erziehung und Bildung, im Gesundheitswesen, in der Verwaltungen und im Personalwesen
- die bessere Befähigung von Fachkräften, trans*-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen anzunehmen, wie sie sind, sie in ihrer Selbstbestimmtheit zu bestärken und ihnen mit passenden Angeboten konkret weiterzuhelfen

8 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- eine transpositive und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Hospize)
- mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Rückmeldung queerrelevanter Themen in der Kommune (Bibliothek, Notfalltelefon, Beratung, queere Kunstführungen in Museen „farbenfroh & queervergnügt“, Pairing/Tandem-Programme oder Talk-Runden im Rathaus)
- die Stärkung und den gesicherten Erhalt von Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, Netzwerken und Vereinen (z.B. Rosa Linde e.V., Tiam e.V., Girlz*Space und die Einrichtung eines Übernachtungshauses für obdachlose queere Menschen)
- die Unterstützung von LSBTIQ* respektierenden Pflegeeinrichtungen sowie Förderprogramme für Kultur- und Begegnungsorte für LSBTIQ* im Alter (z.B. Offene Seniorentreffs).

1.5. Inklusion umsetzen

Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2009 ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention zur inklusiv gestalteten Gesellschaft als menschenrechtlicher Verpflichtung. Dies bedeutet eine Gesellschaft, an der alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, gleichberechtigt teilhaben können. Inklusion ist ein Querschnittsthema, welches alle Lebensbereiche umfasst. Mehr als ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger leben mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Mit der Umsetzung des Teilhabepans der Stadt Leipzig 2017-2024 „Auf dem Weg zur Inklusion“ haben wir eine wichtige Etappe für mehr Inklusion weitgehend abgeschlossen. Eine umfassende Barrierefreiheit und gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen ist jedoch in Leipzig noch nicht erreicht. Menschen mit Behinderungen erfahren noch zu oft Ausschlüsse. Hier bleibt noch viel zu tun.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die umfassende Evaluierung und Fortschreibung des Teilhabepans, dabei umfassende Mitwirkung von Selbstvertreter*innen
- die Stärkung des Beirates für Menschen mit Behinderungen als Expert*innen-Gremium in eigener Sache
- den barrierefreien Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen sowie Gebäuden und baulichen Anlagen mit Dienstleistungsangeboten der Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale
- die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf vier Wochen
- mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben
- den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in Komplex-Kindertagesstätten
- die Stärkung von Antidiskriminierungsstrukturen und -angeboten
- mehr inklusive Wohnprojekte für selbstbestimmtes Wohnen durch die Bereitstellung geeigneter Objekte und entsprechender Finanzen

- die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen
- die Verwendung von leicht verständlicher Sprache durch die Stadtverwaltung, insbesondere bei Bescheiden und Formularen
- den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport erschweren.

1.6. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege

Leipzig verfügt über ein vergleichsweise hohes Niveau bei der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung, trotzdem sterben auch hier ärmere Menschen deutlich früher. Nicht zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den demografischen Wandel werden auch in diesem Bereich die Herausforderungen zunehmen. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass alle Einwohner*innen, unabhängig von Alter und Einkommen, auch künftig medizinisch und pflegerisch gut versorgt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere eine nachhaltige Stabilisierung des Städtischen Klinikums St. Georg und des dort angebundenes Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- die Einrichtung von Gesundheitskiosken, um den Zugang zur Versorgung von Patient*innen mit besonderem Unterstützungsbedarf in sozial benachteiligten Stadtteilen zu verbessern und deren Versorgung zu koordinieren
- die personelle Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die empfohlenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete (im Bezug des Asylbewerberleistungsgesetzes oder vom 1. Tag an) in kommunaler oder Landesverantwortung, damit Barrieren bei der Gesundheitsversorgung überwunden werden
- die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen Gesundheitsdienste und Akteur*innen der Drogenhilfe
- eine Kultursensibilität in der Pflege, die den besonderen Bedürfnissen von pflegebedürftigen Migrant*innen Rechnung trägt
- mehr Steuerungsverantwortung der Stadt für eine bedarfsgerechte Pflege und eine stringente Strategie bei der Verwendung des kommunalen Pflegebudgets
- eine rasche Aktualisierung der Sucht- und Drogenpolitischen Leitlinien entsprechend der neuen bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen ab 1. Januar 2024
- den Auf- und Ausbau von schadensminimierenden Angeboten in der Drogenhilfe, z.B. Spritzentausch, Drogenkonsumraum und Drug-Checking
- den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention vor allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle Suchterkrankten
- einen deutlichen Ausbau von cannabisspezifischen Präventions- und Suchtberatungsangeboten, insbesondere für junge Menschen
- die Etablierung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes, um eine noch passgenauere verbindliche Versorgung der Betroffenen ermöglichen zu können

10 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

- den Erhalt und Ausbau von sinnstiftenden Beschäftigungsangeboten für suchtkranke und psychisch kranke Menschen
- ein kommunales Netzwerk für Familien mit einer psychischen Erkrankung und/oder Suchterkrankung.

1.7. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention

Die persönliche Sicherheit steht häufig im Fokus vieler Leipzigerinnen und Leipziger. Linke Ordnungs- und Sicherheitspolitik setzt in erster Linie auf Prävention. Diese beginnt bereits mit der Überwindung von sozialer Ungerechtigkeit und einer wirksamen sozialen Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Leben. Mit der Verschärfung des Polizeirechts oder weiterer Repression wie z.B. Videoüberwachung oder verdachtsunabhängigen Kontrollen wird keine Sicherheit geschaffen. Wir lehnen ein autoritäres Sicherheitsdenken und die darauf beruhende Law-and-order-Politik entschieden ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo Menschen seelisch und körperlich bedroht und verletzt sowie öffentliches oder privates Eigentum durch Vandalismus beschädigt oder zerstört werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen oder Freizeittreffs in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung, insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung, Straßenbeleuchtung unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte usw.), um mögliche Angsträume zu verhindern
- die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und Kleingarten- und Sportvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und technische Prävention
- mehr finanzielle Mittel und personelle Ausstattung für die zielgerichtete Vertiefung der Arbeit des Kommunalen Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort
- weitere Stärkung der interkulturellen und kommunikativen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden, wie des Stadtordnungsdienstes durch deren migrationsgesellschaftliche Öffnung, Fort- und Weiterbildung sowie eine gezielte Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- mehr Bürger*innen-Polizisten mit bürgerfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen
- die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen im Rahmen der Gesetzlichkeit durch die Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes
- die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare Fahrradgaragen und -boxen
- die größtmögliche Reduzierung polizeilicher Hubschrauber- und Drohneneinsätze bei friedlichen Versammlungen und Fußballspielen
- die vollständige Abschaffung der Waffenverbotszone im Leipziger Osten
- ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der Stadtreinigung für mehr Papier- und Abfallkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den

Sammelsystemen, um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu verhindern

- die Entschärfung der Polizeiverordnung und Sondernutzungssatzung in Bezug auf Straßenmusikant*innen und bettelnde Menschen
- die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße Rettungsmittel
- die Umsetzung der anonymisierten Wechselkennzeichnung der Vollzugsbediensteten des Stadtordnungsdienstes.

1.8. Leipzig wird vielfältiger und migrantischer

Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrant*innen wächst - inzwischen haben 20 Prozent der Stadtgesellschaft einen Migrationshintergrund. Die Menschen kommen dabei zunehmend aus globalen Krisengebieten, wo Kriege, Umweltkatastrophen, Flucht und Vertreibung stattfinden. Sie alle finden den Weg in die Stadt, um hier vorübergehend zu leben oder längerfristig eine sichere Zukunft für sich und ihre Familien aufzubauen. Diese Entwicklung bietet Chancen und stellt zugleich unsere weltoffene Stadtgesellschaft vor enorme Herausforderungen: Migrant*innen sind z.B. durchschnittlich stärker von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Unser Ziel muss es sein, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller Menschen in Leipzig zu ermöglichen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Verbesserung der sozialen Teilhabe der Migrant*innen durch die Förderung der Chancengleichheit in der Arbeitswelt und der politischen Partizipation
- die Förderung des Zugangs zur dezentralen Sozialarbeit und den Beratungsangeboten insbesondere im Bereich LSBTIQ*
- die Sensibilisierung für Diskriminierung und die migrationsgesellschaftliche Öffnung der Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen durch rassismussensible Trainings, regelmäßige Fortbildungen der Mitarbeitenden sowie entsprechende Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung (Fremdsprachenkenntnisse usw.), um einen repräsentativen Anteil von Migrant*innen auch in verantwortlichen Positionen zu erreichen
- die stärkere Förderung des zivilgesellschaftlichen, nachbarschaftlichen und partnerschaftlichen Lernens mit Kindern und Jugendlichen aus migrantischen Familien
- den Ausbau von dezentralen Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete, um die Abhängigkeit von Gemeinschaftsunterkünften zu reduzieren und eine schnellere Integration in der Stadtgesellschaft zu ermöglichen
- die Erleichterung des Zugangs zum Gesundheitssystem für Migrant*innen durch dessen interkulturelle Öffnung sowie die Abschaffung von Parallelstrukturen in der Gesundheitsversorgung durch die Übernahme der Leistungen, die derzeit ehrenamtlich übernommen werden, in die Regelstrukturen
- den Ausbau der psychosozialen Beratung und Begleitung geflüchteter Menschen

12 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

- die Förderung der Ausbildung und Anerkennung der Berufs- und Bildungsabschlüsse von Migrant*innen in der Stadtverwaltung, in der Privatwirtschaft und im Bildungssystem, um ihr Potenzial als Fachkräfte zu entfalten und ihnen gleichberechtigte Chancen zu bieten
- die Öffnung der Fachbeiräte für Migrant*innen, um ihre Expertise in verschiedenen Bereichen einzubringen und ihre politische Teilhabe zu fördern
- die weitere Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Leipzigs sowie die Etablierung von entsprechenden Bildungsformaten für Schulen, Behörden und Öffentlichkeit
- dass alle EU-Sprachen bei den Behörden angeboten werden; die Übersetzungskosten dürfen nicht mehr bei den Antragsteller*innen liegen
- den weiteren Ausbau der Ausländerbehörde durch eine personelle Aufstockung, insbesondere der Einbürgerungsabteilung, sowie eine Evaluation dieser Maßnahme zur Hälfte der Wahlperiode.
- die Aufstockung des Budgets für SprInt (Sprach- und Integrationsmittlung)
- die Stärkung der Informationen der migrantischen Familien in den Schulen, damit deren Kinder verstärkt alle Bildungsniveaus erreichen können
- die weitere Stärkung des Migrant*innen-Beirats und die höhere finanzielle Förderung der migrantischen Selbstorganisationen
- den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport erschweren.

2. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit

Vor dem Hintergrund der internationalen und wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre wird für viele Leipzigerinnen und Leipziger das tägliche Leben zu einer wachsenden Herausforderung, insbesondere die Inflation macht vielen zu schaffen. Trotz weiterer Wirtschaftsansiedlungen der vergangenen Jahre besteht sowohl ein Gefälle in der Wirtschaftskraft als auch eine deutliche Einkommenslücke gegenüber vergleichbaren Städten im Westen. Für DIE LINKE muss die Leipziger Wirtschaftspolitik noch stärker auf eine Erhöhung der Bruttowertschöpfung orientieren. Eine solche Zielsetzung kann nur erreicht werden, wenn neben Ansiedlungen von Logistikunternehmen, Gastgewerbe- und Touristikbetrieben vor allem Firmen mit innovativen und weltmarktfähigen Produkten als auch solche, die nachhaltig für den lokalen Markt produzieren ihren Platz in Leipzig finden und halten.

Die Vielfalt des regionalen Handwerks soll von einer bewusst für die Region ausgestalteten Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der Investitionen der Eigenbetriebe und kommunalen Unternehmen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge profitieren. Inwieweit die etablierten Wirtschaftskluster weiterentwickelt werden müssen, junge Start-ups gefördert und aus der Kooperation von Wissenschaft und Mittelstand als Unternehmen stabilisiert werden können, hängt auch davon ab, dass Fachkräfte nach Leipzig kommen, hier ausgebildet werden oder neue Perspektiven finden. DIE LINKE will mit ihren wirtschaftspolitischen Forderungen eine solche Entwicklung fördern, gute nachhaltige Arbeitsplätze sichern und Unternehmen gewinnen, die neue und gute nachhaltige Arbeitsplätze schaffen.

Auch für die kommunale Wirtschaftspolitik gilt, dass die finanziellen Spielräume in den Haushalten der Stadt Leipzig immer enger werden. So stiegen zwar die Steuereinnahmen im

Zeitraum von 2019 bis 2022 um ca. 100 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR, allerdings wuchsen die ordentlichen Aufwendungen im Vierjahresvergleichszeitraum – vor allem wegen der enormen Teuerung – um 390 Mio. EUR. Der Anteil der Steuereinnahmen an den ordentlichen Aufwendungen sank somit von 39,5 Prozent auf 37 Prozent. Gleichzeitig ist auch Leipzig hinsichtlich der maximalen Kreditaufnahmen von 1.100 EUR pro Einwohnerin und Einwohner an die Vorschriften des Landes gebunden.

2.1. Stabile, nachhaltige Wirtschaft und soziale Verantwortung

Unsere wirtschaftspolitische Vision umfasst starke Unternehmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen und sozialer Verantwortung. Die Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, ist ein wichtiger Bestandteil für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung. Wir fordern leistungsfähige Infrastrukturen für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung. Auch die privatwirtschaftlichen Unternehmen stehen in gesellschaftlicher Verantwortung und sollen einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine zielgerichtete Liegenschafts-, Ansiedlungs- und Entwicklungspolitik unter Nutzung bestehender und zu entwickelnder Plattformen z. B. der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD) und die Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen und Gemeinden
- grüne Gewerbegebiete im Einklang mit ökologischen und sozialen Kriterien
- den Erhalt städtischer landwirtschaftlicher Nutzflächen
- eine Vereinbarung mit den umliegenden Landkreisen und Gemeinden über gemeinsame ökologische Kriterien bei künftigen Ansiedlungen
- gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung als Voraussetzungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
- eine Evaluierung und Anpassung der Clusterstrategie und der Förderkriterien und Fördersummen des Mittelstandsförderprogramms entlang dieser Fortschreibung
- die Konzentration des Programms auf innovative Geschäftsmodelle und die Unterstützung von Nachfolgeregelungen im Handwerk durch leichtere Finanzierungszugänge und einen Leipziger Handwerker-Nachfolge-Fonds
- ein attraktives Wirtschafts- und Verwaltungsumfeld und effektive Finanzierungsinstrumente für Start-Ups, um erfolgreiche Neugründungen in der Stadt zu halten
- die Entwicklung von Finanzierungsverbänden für Wachstumsfinanzierung mit einem Regionalen Leipziger Risikokapitalfonds
- die Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Institutionen, z. B. Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIND, zur Etablierung innovativer Ideen
- die Etablierung echter Nachhaltigkeitskriterien als Förderschwerpunkt bei der Stadt- und Kreissparkasse, den Volks- und Raiffeisenbanken und der Sächsischen Aufbaubank (SAB), die über die EU-Nachhaltigkeitskriterien (Taxonomie) hinausgehen
- den Aufbau von unternehmens(mit)finanzierten Entwicklungsfonds für Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie Ausbildungsinitiativen zur Bewältigung des Strukturwandels
- einen starken Verbraucherschutz und dessen institutionelle kommunale Förderung

14 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

- die langfristige und stabile Entwicklung des Tourismus in Leipzig und die Weiterentwicklung des Touristischen Entwicklungsplans (TEP) der Stadt Leipzig nach Best-Practice-Beispielen anderer europäischer, touristischer Metropolen
- eine moderne Bewerbung aller touristischen Ziele in Leipzig und die Einbindung der Kulturstätten, Übernachtungsstätten, Restaurationen in die analoge und die digitale Präsentation.

2.2. Die Stadt Leipzig in Vorbildfunktion für gute Arbeit und gute Löhne

Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu reduzieren, kommt der Stadt Leipzig, ihren Eigenbetrieben und Unternehmen eine besondere Rolle nicht nur für die dort Beschäftigten zu. Als wichtige Auftraggeberin im regionalen Wirtschaftskreislauf kann sie direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren Durchsetzung zu einem Kriterium machen. Wir unterstützen die Arbeit der Gewerkschaften und die berechtigten Forderungen der Beschäftigten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt, auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen
- faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeitenden der kommunalen Unternehmen im Rahmen kommender Tarifverhandlungen und ihre Unterstützung in Inflations- und Krisenzeiten zum Beispiel durch Ausgleichszahlungen
- die weitere Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- die Abschaffung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch Überführung in reguläre Arbeitsverhältnisse; Beschäftigten ist der Wechsel von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung sowie von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen
- den Erhalt und den zielgerichteten Ausbau zukunftsfähiger Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften sowie die Förderung der Zusammenarbeit mit kleinen Unternehmen der Stadt in der Berufsausbildung
- die Entwicklung eines Gütesiegels für Leipzig „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den Kammern und Gewerkschaften
- die Sicherung und den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten nachhaltigen Arbeitsplätzen, unter Einbeziehung des Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf (KEE) und der Vereinslandschaft Leipzigs
- die Entwicklung praxisnaher Aus- und Weiterbildungsangebote insbesondere für Langzeitarbeitslose mit dem Ziel der Integration in den ersten Arbeitsmarkt, sowie die Förderung von Produktionsschulen
- die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrates in die Trägerversammlung des Jobcenters zur stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld und Evaluierung der Arbeit des Jobcenterbeirates
- die Vorbereitung und Realisierung einer Projektstudie zur Einführung der Vier-Tage-Arbeitswoche in der Verwaltung und ausgewählten Unternehmen der Stadt Leipzig mit wissenschaftlicher Begleitung

- das Mitbestimmungsrecht der Betriebs- und Personalräte bei der Personalplanung und die Verstetigung innerbetrieblicher Weiterbildung
- Nutzung der kommunalen Möglichkeiten zur Verbesserung der Löhne in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, insbesondere wenn diese im Auftrag der Stadtverwaltung oder kommunaler Unternehmen tätig sind.

2.3. Sicherung kommunaler Unternehmen für zuverlässige Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten für eine zuverlässige öffentliche Infrastruktur und eine preiswerte Daseinsvorsorge für alle. Wir stehen für die unbedingte Sicherung und den Ausbau des kommunalen Eigentums, der öffentlichen Infrastruktur und der Unternehmen der Daseinsvorsorge. Insbesondere den Teil- bzw. Komplettverkauf der im LVV-Konzern (Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH) eingebundenen Unternehmen - Leipziger Stadtwerke (SWL), Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), Leipziger Wasserwerke (KWL) – sowie der Leipziger Wohnungsbaugesellschaft (LWB) und das Städtische Klinikum St. Georg lehnen wir konsequent ab. Ebenso wie die Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH (SAH), der Städtische Eigenbetrieb Behindertenhilfe (SEB), der Städtische Eigenbetrieb Verbund Kommunale Kinder- und Jugendhilfe (VKKJ) und die Stadtreinigung Leipzig gewährleisten sie auch in Zukunft u.a. Versorgungssicherheit in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, öffentlicher Nahverkehr, Wohnen, Gesundheit, soziale Integration sowie Abfallentsorgung. Dafür müssen auf allen Ebenen von Europäischer Union, Bund, Land und Kommune weitere erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Umsetzung der stadtweiten und tiefgreifenden kommunalen Wärmeplanung ebenso zu sichern wie den Ausbau des leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs unter den verschärften sozialen Rahmenbedingungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Sicherung der Leistungs- und Investitionsfähigkeit der kommunalen Unternehmen insbesondere des Stadtkonzerns LVV und des Städtischen Klinikums St. Georg
- die Rekommunalisierung (teil-)privatisierter Unternehmen, Einrichtungen und Bereiche, die für die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge von Bedeutung sind
- den weiteren Zugang zu neuen Geschäftsfeldern sowie die Novellierung des Gemeindefinanzierungsrechtes (Sächsische Gemeindeordnung) auf Landesebene
- eine Krankenhausreform des Bundes, die dem St. Georg auch eine dauerhaft finanziell gesicherte Zukunft gewährleistet
- die weitere Entwicklung der Leipziger Messe als leistungsfähigem Standort für Fach- und Publikumsmessen insbesondere in Verbindung mit innovativen und nachhaltigen Branchen
- Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in Verantwortung der Stadt und der kommunalen Unternehmen; Öffentlich-Private Partnerschaften lehnen wir ab
- die Intensivierung des gemeinsamen und systematischen Liegenschafts- und Flächenmanagements mit der Stadtverwaltung
- die Planung und Gründung einer Leipziger Bau- und Instandhaltungsgesellschaft, außerhalb der LWB als Tochter eines Beteiligungsunternehmens

16 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

- eine Beschränkung der Spitzeneinkommen in den kommunalen Unternehmen und deren künftige Orientierung an der Besoldung des Oberbürgermeisters
- für die ausschließlich friedliche Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle und die bedingungslose Umsetzung der im Planfeststellungsverfahren zugesicherten Lärmschutzmaßnahmen und Flugrouten; den weiteren Ausbau des Flughafens lehnen wir ab.

2.4. Zukunft finanzieren durch intelligente Haushaltspolitik

Nach der Corona-Pandemie sowie dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine mit seinen gravierenden wirtschaftlichen und finanzpolitischen Folgen – darunter der militaristischen Neuausrichtung der Bundesrepublik mit einem nie gekannten Aufrüstungsprogramm von 100 Milliarden Euro – sind Einschnitte bei der Finanzierung der Kommunen schon jetzt deutlich sichtbar. Leipzig steht als die weiterhin am stärksten wachsende deutschen Großstadt vor erheblichen Herausforderungen beim sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft sowie der weiteren Entwicklung ihrer öffentlichen Infrastrukturen. Der Erhalt, die Erneuerung und der Ausbau dieser (u.a. beim Krankenhaus St. Georg) für die Energie-, Klima- und Mobilitätswende sind hier ebenso zu bewältigen wie der Abbau des milliardenschweren Investitionsstaus u.a. in Schulen, öffentlicher Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Brücken, Fahrrad- und Fußwege), in der Verwaltung sowie im Umwelt- und Hochwasserschutz. Dieser umfasst allein bei den Stadt- und Wasserwerken sowie den Verkehrsbetrieben ein geschätztes Volumen von 3,3 Mrd. EUR bis 2029 (ohne die „Kommunale Wärmeplanung“). Dabei werden die finanziellen „Spielräume“ in den Haushalten der Stadt Leipzig immer enger.

Daher ist es erforderlich, dass Bund und Land die Steuerpolitik dringend ändern, damit die Kommunen wie auch Leipzig die gigantischen Herausforderungen in der Zukunft bewältigen können und die weitere soziale Spaltung der Stadt verhindert werden kann.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, in der auch der Grundsatz gilt: Wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt, ist diese durch den Gesetzgeber in vollem Umfang zu bezahlen
- eine grundlegende Reform des Steuersystems in der Bundesrepublik, die kleine und mittlere Einkommen entlastet und hohe Einkommen stärker belastet sowie u.a. die Erbschaftssteuer entscheidend reformiert und die Vermögenssteuer wieder erhebt
- verlässliche und nicht stagnierende oder gar sinkende Fördermittelzuweisungen von Bund und Land
- Haushaltsplanungen der Stadt, die keine Kürzungen vorsehen
- den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen, unkündbaren Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten Ausnahmefall
- eine verlässliche Planung und Umsetzung der Investitionen durch die Schaffung der personellen und strukturellen Voraussetzungen sowie der Abbau der beschlossenen aber nicht umgesetzten Investitionen in Höhe von aktuell 475,6 Mio. EUR

- die schnellere Umsetzung des „Internen Kontrollsystems (IKS)“ sowie die besondere Förderung eines sachgerechten und detaillierten Controllings u.a. in der Bauplanung und -begleitung sowie im Kinder- und Jugendhilfebereich
- für eine Änderung der bisher pauschalen Höhe für Kreditaufnahmen (1.100 EUR pro Einwohner für kreisfreie Städte) der Kommunen in Sachsen durch die Einführung von leistungsbezogenen Kennzahlen auf der Grundlage des Ergebnis- und Finanzhaushaltes sowie der Vermögensrechnung (Bilanz)
- die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements, um dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren
- den vehementen Einsatz der Verwaltungsspitze, unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten (inkl. Klageweg), für eine gerechte Mittelzuweisung des Freistaates Sachsen an Leipzig
- die Prüfung von neuen Gebühren und Abgaben zur sozial gerechten Finanzierung der aktuellen Transformation und etwaiger Mehrbedarfe. Denkbar wäre beispielsweise eine deutliche Anhebung von Parkgebühren bezogen auf die Fahrzeuggröße oder Abgaben für zugelassene Zweit-KfZ pro Haushalt.

3. Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen

Leipzig muss seinem Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein, noch besser gerecht werden. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig von der Einkommens- und Vermögenslage der Eltern, unabhängig von der Herkunft und der praktizierten Familienform, eine lebenswerte Kindheit und inspirierende Jugend sowie gute Bildung und attraktive berufliche Perspektiven in unserer Heimatstadt zu bieten. Dem steht die skandalöse Tatsache entgegen, dass jedes fünfte Kind in unserer Stadt von Armut betroffen ist.

3.1. Gute Kita-Betreuung für alle Kinder

Ein bedarfsgerechtes und hochwertiges Angebot an Kita-Plätzen ist weiterhin ein wichtiges Kriterium für eine familiengerechte Stadt und gute frühkindliche Bildung für die ca. 30.000 Kinder in unseren Kitas. Um die erforderliche Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen zu können, benötigen wir künftig eine noch bessere pädagogische Ausrichtung und schnellere Reaktionen auf geänderte Rahmenbedingungen, z.B. durch eine neue Grundsatzvereinbarung und ein einheitliches Trägerkonzept.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung im letzten Kita-Jahr für alle Kinder, bei Kostenausgleich durch den Freistaat Sachsen sowie kurzfristig das Einfrieren der Elternbeiträge auf der aktuellen Höhe
- die Einführung einer Quote bei der Kita-Platzvergabe für Kinder aus benachteiligten Haushalten, auch bei freien Trägern
- eine Erhöhung des pädagogischen Personals und der Erhöhung der Sachkosten je Kind bei kommunalen Kitas, die einer besonderen Belastungen unterliegen

18 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

- die bessere Förderung aller anspruchsberechtigten Kinder durch eine entgeltfreie, gesunde Ganztagsverpflegung (einschließlich Frühstück und Vesper)
- den Abbau des Investitionsstaus in den Einrichtungen vorrangig durch Sanierung bzw. Ersatz- und Neubau
- die Steigerung des Anteils der Kitas in kommunaler Trägerschaft auf ein Drittel (bis 2030) sowie einen Anteil von 50 Prozent am weiteren Kita-Neubau durch die Kommune, der Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen sowie die kommunale Übernahme von Kitas bei Rückgabe durch freie Träger
- die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu integrieren, indem wir Angebote in Schwerpunkteinrichtungen schaffen, die das pädagogische Personal entlasten
- einen deutlich verbesserten Schutz vor Kindwohlgefährdung u.a. durch eine Aufstockung des entsprechenden Personals im verantwortlichen Landesjugendamt (Verfünffachung der bisherigen zwei Stellen)
- die Verbesserung der Rahmenbedingungen für qualitativ höhere Sprachförderung und frühkindliche Erziehung durch kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten für alle Erzieherinnen und Erzieher
- die Erhöhung des Personalschlüssels durch nicht pädagogisches Personal und Sachkosten, damit beispielsweise Sozialarbeit, Ergotherapie oder Angebote beim Erlernen der deutschen Sprache sowie eine verstärkte Elternarbeit ermöglicht werden
- den Erhalt kommunaler und freier Kitas und des Personals auch bei einer geringeren Auslastung, um damit den Betreuungsschlüssel zu erhöhen
- den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren (KiFaZ), um durch eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk auf Familienbildung sowie Arbeit im Sozialraum und Integration legen zu können
- die Schaffung weiterer inklusiver und heilpädagogischer Kindertageseinrichtungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention für eine inklusive Kita 2030
- eine Begrenzung der Schließzeit aller Kitas auf die im Stadtrat beschlossene Anzahl (inkl. pädagogische Tage und Brückentage) pro Jahr
- eine bedarfsgerechte, berufsbegleitende und attraktivere Ausbildung der Erzieher*innen durch Bundes-, Landes- und kommunale Förderprogramme
- flächendeckende Konzepte für bewegungs- und sportbetonte Kitas und Grundschulen zu entwickeln und umzusetzen.

3.2. Eine gute Schule für alle

Gute Schule und gute Bildung müssen dafür Sorge tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen gleichberechtigte Bildungschancen erhalten. Gute Schulen verstehen wir als soziale Zentren der Stadtteile und Stadtbezirke, in denen sich Eltern, Schülerinnen sowie im Stadtteil lebende und arbeitende Menschen treffen und austauschen können sollten. Der sich stetig verschärfende Lehrer*innen-Mangel, die Streichung von Förderstunden, unzureichende Barrierefreiheit und die fehlende Durchlässigkeit unseres Bildungssystems produzieren jedoch tagtäglich neue (Bildungs-)Ungerechtigkeiten. Zugleich bilden sich auch soziale Verwerfungen aufgrund der andauernden Krisenerscheinungen und der

fehlgeleiteten Bundes- und Landespolitik in unseren Schulen ab. Unsere Stadt steht vor diesem Hintergrund und trotz Geburtenrückgang vor erheblichen Aufgaben wie Schulsanierungen, modernen Schulbauten, Schulsportanlagen und der Entwicklung der Freiflächen von Schulen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- nachhaltige Schulbauten, die die Nachnutzung von bestehenden Gebäuden vorsieht
- die Einrichtung von mehr Gemeinschaftsschulen
- die Stärkung der Mitgestaltungskultur und Förderung der Arbeit von Schülerräten, Elternräten und dem Jugendparlament
- den Ausbau des kommunalen Bildungsangebotes des Rathauses für Schulen, um Kommunalpolitik erlebbar zu machen
- eine bessere Ausstattung der Schulen mit mobilen Endgeräten
- die Förderung kommunaler multiprofessioneller Teams, bestehend aus Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen sowie Gesundheitsfachkräften
- die bedarfsdeckende Ausstattung mit Schulsozialarbeit an allen Leipziger Schulen, auch den Gymnasien
- eine bessere Ausstattung mit Schulsachbearbeiter*innen und Hausmeister*innen
- eine deutliche Aufstockung der Stellenbesetzung im Medienpädagogischen Zentrum der Stadt (MPZ)
- die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schüler*innen
- die Schaffung von Förderräumen für die Umsetzung des festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarfes einzelner Lernenden
- den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken und Lernwerkstätten sowie die Gewährleistung ihrer personellen Ausstattung
- die Erhöhung der Schulbudgets zur Sicherung einer hochwertigen Bildung unter Gewährleistung der vollständigen Lehr- und Lernmittelfreiheit
- die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die Kooperationen von Grundschulen, Horten und weiterführenden Schulen stärken
- Weiterbildungsinitiative Medienkompetenz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Horte / Kindertageseinrichtungen
- die Sicherung und Stärkung von außerschulischen Lernorten innerhalb der Stadt Leipzig, die insbesondere auch die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprojekten und Projekten der Erinnerungskultur ermöglichen
- Besseres Qualitätsmanagement und Feedbacksysteme für die Anbieter von Schulspeisung, Erarbeitung von Konsequenzen bei Qualitätsmängeln
- ein kostenfreies, gesundes, nährstoffreiches und nachhaltiges Mittagsgesicht für alle Kinder und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen und Schulen in der Stadt Leipzig zu gewährleisten
- Überarbeitung des Ausschreibungsverfahrens für Essensanbieter, um lokale Anbieter zu fördern
- Unterstützung von Alternativen wie „Selberkochen“ an Schule, Ausbau von Schüler*innenküchen.

3.3. In Leipzig studieren und forschen

Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertalte Traditionen. Die entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte, Nordost, Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Darüber hinaus prägen Wissenschaft und Forschung maßgeblich die offene geistige Atmosphäre und die wachsende Internationalität unserer Stadt mit. Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist weiter zu stärken. Dazu gehört neben einer klugen kommunalen Raumpolitik die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Studierenden und Lehrende. Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Akteur*innen der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der Universität Leipzig und deren Forschungsprofil
- ein intensiveres Marketing in und außerhalb Deutschlands für den Hochschulstandort Leipzig über das Leipzig Science Network
- die bessere Vernetzung der ausländischen Alumni der Universität Leipzig mit der kommunalen Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Leipzig Tourismus und Marketing GmbH (LTM)
- mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen Unternehmen mit Universität und Hochschulen, z.B. durch die bessere Einbeziehung der urbanen Datenplattform
- die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Menschen in Leipzig (z.B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
- die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich erleichterter Zugänge für Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten über Mentoringprogramme und bessere Beratungs- und Unterstützungsangebote, nicht zuletzt auch, um die Anzahl der Studienabbrüche zu mindern
- den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen Stadtteilen, insbesondere der Studentenwohnheime
- eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den Hochschulstandorten und flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im Hochschulbereich sowie eine weiterhin günstige Kostenstruktur für Studierendentickets
- ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der Universität Leipzig und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK)
- Stärkung der medizinischen Forschung und der medizinischen Studiengänge durch verstärkte Zusammenarbeit mit kommunalen medizinischen Einrichtungen wie dem Städtischen Klinikum St. Georg.

4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle

Wohnen ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein essentieller Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wohnen bleibt eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. Die Mieten in den Ballungszentren, wie auch in Leipzig, sind in den vergangenen Jahren regelrecht explodiert. Mit hohen Mieten werden kräftig Profite gescheffelt. Während

Wohnungskonzerne und private Investoren immer größere Marktanteile haben, ist der soziale Wohnungsbau auf einem historischen Tiefststand. In Leipzig leben 84 % der Menschen zur Miete. Für viele Haushalte mit geringen, aber zunehmend auch mittlerem Einkommen werden die seit Jahren steigenden Wohnkosten zunehmend zum Problem. Zudem ist die Wohnungsversorgung durch Wohnungsknappheit gefährdet.

DIE LINKE will eine wirksame Regulierung der Mieten, die für viele Menschen Entlastung bringen würden, zum Beispiel in Form eines Mietenstopps und durch die Wiedereinführung der 1989 abgeschafften dauerhaften Wohnungsgemeinnützigkeit. Der versprochene Neustart im Sozialen Wohnungsbau und die Stärkung der Rechte für Mieter*innen werden von der Bundes- und Landesregierung auf die lange Bank geschoben. Die Leidtragenden sind die Mieter*innen.

Trotz der Untätigkeit von Bund und Land bleiben der Stadt einige Instrumente, die einen Beitrag zur sozialen Wohnraumversorgung und zur Mietenregulierung leisten können. DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um Mieter*innen kurz- und langfristig zu entlasten und den öffentlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungssektor zu stärken. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass insbesondere die im kollektiven Eigentum befindlichen Wohnungsbau-Genossenschaften und weitere Wohnungsunternehmen gemeinnützig agieren.

4.1. Bezahlbares Wohnen für alle

Die Mietbelastung in Leipzig steigt. Besonders Alleinerziehende, Studierende und alleinstehende Rentner*innen müssen weit mehr als 30 % ihres monatlichen Einkommens für die Wohnkosten (Nettokaltmiete sowie Betriebs- und Nebenkosten) ausgeben. Das darf nicht sein. Die Preise für Bauland haben sich in den letzten zehn Jahren fast verfünffacht, die Angebotskaltmieten sind im selben Zeitraum um 53 % gestiegen. Darunter leiden insbesondere Menschen im Sozialleistungsbezug, mit Erwerbseinkommen im Niedriglohnbereich, aber zunehmend auch Haushalte mit mittleren Einkommen. Trotz steigendem Lohnniveau liegt das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in Leipzig mit 2.100 € deutlich unter dem bundesdeutschen Median von 3.880 €. Wohnungssuchende aus unterschiedlichen Einkommensgruppen konkurrieren gleichermaßen um den knappen bezahlbaren Wohnraum.

Die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik auf Bundes- und Landesebene müssen somit auch die Leipziger*innen ausbaden. Dem treten wir entschieden entgegen. Wir wollen die Bundes-, Landes- und Eigenmittel, die der Stadt zur Verfügung stehen, konsequent nutzen, um die Mieterhöhungsspirale und Verdrängung zu stoppen und eine sozial gerechte Wohnraumversorgung zu gewährleisten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Schaffung von dauerhaft bezahlbaren Wohnungen im Vorzug gegenüber staatlichen Zuschüssen (wie z.B. Wohngeld) an anspruchsberechtigte Haushalte für Menschen, die ihre Miete nicht aus eigener Kraft bezahlen können – also Objekt- vor Subjektförderung
- stärkere Bemühungen beim sozialen Wohnungsbau: es braucht wesentlich mehr Fördermittel vom Land und flexiblere Förderbedingungen sowie dauerhafte Mietpreis-

22 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

und Belegungsbindungen, damit eine Sozialwohnung dauerhaft eine Sozialwohnung bleibt

- Die Stadtverwaltung finanziell und strukturell in die Lage zu versetzen, Belegungsrechte für Wohnungen anzukaufen, dafür muss die Landesförderrichtlinie „gebundener Wohnraum“ verändert werden
- die Mietpreisbremse, mit der die Neuvermietungsrenten von Bestandswohnungen bei 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete gedeckelt werden, auf Bundesebene zu verschärfen, Ausnahmeregelungen bei Modernisierung und Neubau müssen abgeschafft und ein wirksames Sanktionsregime eingeführt werden
- eine grundsätzliche Weiterentwicklung des für Leipzig verbindlichen Qualifizierten Mietspiegels, in dem alle Mieten erfasst werden und in differenzierter Form die ortsübliche Vergleichsmiete bilden
- eine grundsätzliche Reform des Mietspiegels hin zu einem Mietenkataster, in dem alle Mieten erfasst werden und in differenzierter Form die ortsübliche Vergleichsmiete bilden
- für ein Umwandlungsverbot für Miet- in Eigentumswohnungen und einen auf zehn Jahre verlängerten Kündigungsschutz für Mieter*innen, deren Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden
- die konsequente Anwendung des Zweckentfremdungsverbots für die widerrechtliche Umnutzung von Wohnraum in Ferienwohnungen und spekulativen Leerstand und die Ausweitung auf Gewerbe und Verwahrlosung von Wohnungen
- die verstärkte Anwendung von Modernisierungs- und Instandhaltungsgeboten, um den Leerstand von nutzbarem Wohnraum zu unterbinden
- den Ausbau von kostenfreien und kommunal finanzierten Mietberatungen im ganzen Stadtgebiet
- die Übernahme der Kosten für die Mitgliedschaft im Mieterverein durch die Stadt, und die damit verbundene kostenfreie Rechtsberatung auch für Leipzig-Pass-Empfänger*innen
- die jährliche Anpassung der Kosten der Unterkunft an die reelle Entwicklung der Wohnkosten (u.a. Miete, Heiz- und Stromkosten)
- die Erweiterung der Milieuschutzgebiete/sozialen Erhaltungssatzungen, die vor Luxussanierungen und Grundrissänderungen von Bestandswohnungen schützen sowie die Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts in diesen Gebieten durch die Bundesgesetzgebung
- die Ablösung des Leipziger Bündnisses für bezahlbares Wohnen durch einen Runden Tisch, der stärker die Interessen von Mieter*innen und gemeinwohlorientierten Wohnungsakteuren repräsentiert als den Dialog mit profitorientierten Investor*innen in den Mittelpunkt stellt
- die Erweiterung der Wohnungstausch-Möglichkeiten unter Beibehaltung der Bestandsmiete auch bei Genossenschaften und den privaten Wohnungsanbietern in Leipzig.

4.2. Wohnungslosigkeit beenden

Die Zahl der Obdach- und Wohnungslosen in Leipzig nimmt seit Jahren kontinuierlich zu. Gleichzeitig verringert sich durch Bebauung und Aufwertung die Zahl der möglichen

Rückzugsorte. Eine stabile und sichere Unterkunft ist in unseren Augen die zentrale Ausgangsbasis zur Lösung aller weiteren Probleme. Oberstes Ziel muss sein, dass niemand seine oder ihre Wohnung verliert. Deshalb braucht es eine Stärkung der Kapazitäten für Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder sich in schwierigen finanziellen Lagen befinden.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass in Leipzig mit dem Projekt „Eigene Wohnung“ der „Housing first“-Ansatz durch ergänzende soziale Betreuungsangebote in qualifizierter Form gestartet wurde. Wohnungslose bekommen im Rahmen des 2021 gestarteten Modellprojektes eine eigene Wohnung mit Mietvertrag und soziale Unterstützung zur Seite gestellt. Neben der Anmietung von Wohnraum bedarf es aber auch ausreichender Unterstützungsangebote für Wohnungs- und Obdachlose.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- dass die Kommune Belegungsbindungen für Wohnraum ankauft und gemeinnützige Träger beim Anmieten von Wohnungen unterstützt
- die Etablierung des kommunalen „Housing First“-Projektes „Eigene Wohnung“ als festen Bestandteil in die Angebote der Leipziger Wohnungsnothilfe und dessen kontinuierliche Erweiterung um neue Wohnungen
- ein Verbot von Zwangsräumungen auf Bundesebene, niemand darf seine/ihre Wohnung aufgrund sozialer Notlagen verlieren
- die Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen vor Wohnungsverlust, u.a. durch Darlehen zur Übernahme von Mietschulden, Übernahme der Miete z. B. bei Aufenthalt in medizinischen Einrichtungen und durch alternative Wohnangebote und Umzugshilfen
- die Verbesserung der Situation in den Übernachtungshäusern für Wohnungslose, z.B. durch Entgeltfreiheit und eine bessere Personalausstattung, die auf die stärkere sozialpädagogische Arbeit und Stabilisierung der Nutzer*innen orientiert
- spezifische Übernachtungsangebote für Paare, Menschen mit Haustieren, verschiedene Altersgruppen, LSBTIQ* und beeinträchtigte und erkrankte Menschen
- die perspektivische Verkleinerung der Notunterkünfte und Umwandlung in Übernachtungsstellen, in denen die Privatsphäre stärker respektiert werden kann
- die Absicherung und weitere bedarfsgerechte Ausstattung des Projektes Hilfebus und der Streetworkangebote für Wohnungslose
- die Unterstützung selbstorganisierter Projekte betroffener Menschen und die zielgruppengerechte Einbeziehung der Betroffenen in die Weiterentwicklung der Angebote der Wohnungsnotfallhilfe
- das Verbot „defensiver“ Architektur (z. B. Bänke oder Nischen, auf denen man nicht liegen oder verweilen kann) in öffentlichen aber auch halböffentlichen Räumen
- Einführung einer Wohnungsnotfallstatistik analog zur Berliner „Nacht der Solidarität“.

4.3. LWB und Genossenschaften stärken

In Leipzig haben wir mit der LWB ein starkes Wohnungsunternehmen, das zu 100 Prozent in städtischem Eigentum befindet und derzeit mehr als 36 400 Wohneinheiten umfasst. Sie trägt Verantwortung für die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Da die LWB dem direkten Einfluss der Kommune unterliegt, hat sie eine wesentliche Bedeutung für die

24 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

lokale Gestaltung einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik. Des Weiteren stellen Wohnungsgenossenschaften mit fast 50.000 Wohnungen einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtwohnungsbestand. Seit fast 150 Jahren leisten sie einen erheblichen Beitrag zur sozialen Wohnraumversorgung in Leipzig und werden von uns aus diesem Grund unterstützt. LWB und Genossenschaften gewährleisten vielerorts leistbare Mieten und Schutz vor Eigenbedarfskündigungen. Diverse Beratungs- sowie Nachbarschaftsangebote für Bewohner*innen heben sie von der rein funktionalen Bewirtschaftung von Wohnraum ab.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Bereitstellung städtischer Grundstücke für den kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsneubau
- die Bereitstellung kommunaler Mittel zur Sanierung von Wohnungsbeständen sowohl der LWB als auch der Genossenschaften zur ökologisch und sozial gerechten Verbesserung der Nachbarschaft
- eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung der Genossenschaften sowie die Stärkung der LWB als nicht-profitorientiertes Wohnungsunternehmen und ihre Verpflichtung, Gewinne weiterhin in Bestand und Neubau zu investieren
- die gleichmäßige Ausweitung der LWB-Wohnungsbestände im Stadtgebiet sowie eine gleichmäßige Verteilung ihrer KdU-fähigen- und Sozialwohnungen über die Stadtteile
- den Wohnungsumbau und Neubau stärker an nachgefragten Wohnungsgrößen (insbesondere Ein- und Vier-Raumwohnungen und größer) zu orientieren
- die Senkung der Nebenkosten durch klimafreundliche Sanierungsmaßnahmen
- für mehr Transparenz und Mitbestimmung der Mieter*innen bei Umgestaltung, Sanierung und Wohnumfeld-Gestaltung und anderen Vorhaben
- ein Pilotprojekt Sozialplanung nach § 180 BauGB bei einem Sanierungsprojekt der LWB, um nachteilige Auswirkungen der Sanierung auf die dort wohnenden und arbeitenden Menschen zu verhindern oder abzumildern
- einen Stopp der Mietpreiserhöhungen für mindestens zwei Jahre bei der LWB
- die Ermöglichung selbstbestimmten Lebens im eigenen Wohnraum und den Ausbau senior*innen-freundlicher Wohnungsangebote und Stärkung des Sozialmanagements der LWB
- den Ausbau der Mitbestimmung für Mieter*innen, durch zusätzliche Mieter*innen-Räten auf Stadtbezirksebene sowie die Delegation eines Mieter*innen-Vertreters in den Aufsichtsrat der LWB und die Förderung (basis)demokratischer Mitbestimmungsstrukturen bei den Genossenschaften durch die Kommune
- die weitere Übernahme von sozialer Verantwortung durch die LWB, verbunden mit der Entwicklung einer Strategie für die Unterbringung Geflüchteter, Wohnungsloser und anderer bedürftiger Bevölkerungsgruppen
- ein wirksames Instrument zur Förderung genossenschaftlicher Neugründungen.

4.4. Grundstücke in öffentliche Hand

Ein zentraler Grund für die gestiegenen Mieten in Leipzig ist die Explosion der Bodenpreise. Ein Quadratmeter Baufläche kostete im Jahr 2011 104 Euro und hat sich bis heute nahezu verfünffacht. Boden ist im Gegensatz zu anderen Gütern nicht vermehrbar und muss deswegen umso stärker vor Spekulationen geschützt werden. Die kommunalen

Handlungsmöglichkeiten dagegen sind begrenzt - wir wollen die vorhandenen Möglichkeiten dennoch stärker als bisher ausnutzen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine aktive Bodenbevorratungspolitik (wie z.B. in Ulm oder München)
- die intensive Anwendung des kommunalen Vorkaufsrechts auch zugunsten gemeinwohlorientierter Dritter
- die Einrichtung eines kommunalen Bodenfonds, mit dem der Ankauf von Grundstücken durch die Kommune ermöglicht wird
- die Weiterführung des Privatisierungsstopps kommunaler Grundstücke
- die Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaurecht durch Konzeptvergabe
- die konsequente Anwendung des Baugebots, um Eigentümer*innen von Grundstücken zur Bebauung zu verpflichten
- die Erhöhung der Mindestquoten für sozialen Wohnungsbau auf 50 Prozent auf Flächen mit Bebauungsplan
- die Vergabe eines festen Anteils von Flächen an gemeinwohlorientierten Akteur*innen bei größeren Neubauprojekten
- die Nachverdichtung zwischen Kernstadt und angrenzenden Ortslagen.

4.5. Für eine zeitgemäße Baukultur

Renditeerwartungen führen dazu, dass der Bedarf nach bezahlbaren Wohnungen nicht abgedeckt wird. Die kapitalistische Marktlogik hat auch zu einer fundamentalen Krise des Geschosswohnungsbaus in Leipzig geführt. Aktuell bewirken Inflation, Zinserhöhung eine weitere Steigerung der Baupreise. Neue Wohnungen entstehen deswegen v.a. im hochpreisigen Segment. Es bedarf eines bezahlbaren Wohnungsneubaus, getragen von gemeinnützigen Strukturen, unterstützt von einer leistungsfähigeren Verwaltung.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die vermehrte Erarbeitung von Bebauungsplänen, die bezahlbaren Geschosswohnungsbau ausweisen und die Begrenzung der Ausweisung von Gebieten nach § 34 BauGB
- ein neues Eigenheimmoratorium, indem die Ausweisung klassischer Einfamilienhaussiedlungen in Leipzig beendet wird, denn Bauland muss effektiver genutzt werden, um mehr Menschen Wohnraum bereitzustellen
- eine personelle und strukturelle Stärkung und Digitalisierung der Bauordnungsbehörden, damit mehr Bauleitverfahren und kooperative Planungsprozesse realisiert werden können
- klare Vorgaben für Bauträger bspw. zu Wohnungsgrößen und transferleistungstauglichen Grundrissen
- der Verzicht auf Ausweisung von KfZ-Stellplätzen bei Neubauprojekten in innerstädtischen Nachverdichtungsgebieten, stattdessen eine Vergrößerung des Berechnungsschlüssels für Fahrrad- und Lastenradstellplätze, um den Bau teurer Tiefgaragen einzudämmen und Grünflächen zu schützen

26 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

- eine wachsende Gebäudehöhe (GFZ hoch, GRZ runter), um der Versiegelung von Bauland in der Grundfläche entgegen zu wirken und Grün- und Freiflächen so zu schützen
- eine innerstädtische Nachverdichtung durch den Ausbau von Dachgeschossen
- den Erhalt und ressourcensparende Umnutzung, auch von nicht denkmalgeschützten Bestandsgebäuden, um Abriss von Wohn- und sozialer Infrastruktur zu verhindern
- den stärkeren Einsatz von Holz- und Holzmodulbauweisen für den Sozialwohnungsbau, und die Stärkung von Handwerks- und Planungsfirmen sowie Bauträger*innen mit dieser Expertise
- die bessere Vereinbarung von Denkmal- und Klimaschutz: Für eine umweltschonende Gestaltung im Neubau (z. B. Fassaden und Dachformen).

4.6. Alternativen für faires Wohnen fördern

Viele Mieter*innen werden mit willkürliche Erhöhungen der Wohnkosten, Kündigungen und Entmietungen konfrontiert und fürchten Stress und Auseinandersetzungen, wenn sie sich dagegen wehren. Sowohl institutionalisierte Träger wie der Mieterverein, aber auch zahlreiche kleine ehrenamtliche Initiativen stehen Mieter*innen und Hausgemeinschaften in solchen Situationen zur Seite. Wir unterstützen dieses solidarische Engagement, viele unserer Mitglieder sind selbst Teil von Mieter*innen-Initiativen.

Einen Gegenentwurf zur marktförmigen und profitorientierten Wohnraumversorgung bieten vielfältige Vereine, das Mietshäusersyndikat sowie kleine Genossenschaften. Das unterstützen wir weiterhin tatkräftig. Zudem stehen wir für die Förderung alternativer Lebensentwürfe, wie von Wagenplätzen oder kollektiven Wohnformen, die Potenzial für ganz Leipzig haben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Einsatz der Stadt für eine Landesförderrichtlinie für gemeinwohlorientierte Baugemeinschaften/Genossenschaften für Neubau und Sanierung, die den Anspruch auf dauerhaft bezahlbare Mieten berücksichtigt
- selbstorganisierte, ehrenamtliche und gemeinnützige Beratungsangebote für Hausprojekte, um Mieter*innen zu stärken und sichtbar zu machen
- die Sicherung und bedarfsgerechte Ausstattung des Netzwerk Leipziger Freiheit, das Wohnprojektinitiativen rund ums kooperative Bauen und Wohnen berät
- selbstorganisierte Hausprojekte z.B. des Mietshäusersyndikats und kleinerer Genossenschaften weiterhin sowohl ideell als auch finanziell zu fördern und zu stärken
- jährlich 5 Millionen Euro im städtischen Haushalt zur Weiterführung von Konzeptvergabe-Projekten mit gemeinwohlorientierter Ausrichtung
- die Sicherung der bestehenden Wagenplätze als Wohn- und Kulturorte sowie Stätten der Nachbarschaftsarbeit und die Möglichkeit der Begründung neuer Plätze
- die Entwicklung von Instrumenten, um bestehende nichtkommerzielle Ladenprojekte zu schützen und den exzessiven Umbau von Ladenflächen in Wohnraum zu verhindern.

5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt

Mobilität ist Daseinsvorsorge. Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Unser LINKES Ziel ist es, allen die Möglichkeit zu geben, mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und Energie die Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) gut zu erreichen. In den letzten Jahren wurde in Leipzig einiges für den Ausbau von Radwegen getan. Leider ist die Sanierung von Fußwegen nicht vorangekommen. Auch auf die erste Straßenbahn-Neubaustrecke seit den 90er Jahren warten wir weiterhin vergebens. Noch immer gibt es daher einen hohen Anteil an Autoverkehr.

Um unser Ziel von sauberer Luft und leiseren Straßen zu erreichen, setzen wir auf die Stärkung des Umweltverbundes aus Fußverkehr, Fahrrad, Bus und Bahn. Das bedeutet vor allem stetiger Kampf um eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau von Fahrradwegen und endlich eine Verbesserung der Fußwege. Hierzu brauchen wir eine echte soziale Verkehrswende - nicht nur, um die Klimaziele zu erreichen, sondern auch um den öffentlichen Raum wieder den Menschen zurückzugeben.

Die Straße muss mehr sein als ein Raum für parkende Autos. Spielende Kinder, Bänke zum Ausruhen, Bäume als Schattenspender erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt. Für die Umsetzung dieser Ziele bedarf es einer transparenten Kommunikation mit den Leipzigerinnen und Leipzigern. DIE LINKE setzt hier auf Bürgerbeteiligungsverfahren und rechtzeitige Bürgerinformation. Ebenso muss diese Verkehrswende für uns LINKE sozial und inklusiv sein. Ein teuer subventionierter SUV mit Elektroantrieb ist kein Beitrag zur Mobilitätswende, sondern ein Geschenk für Industrie und Oberschicht. Wir streiten für Angebote und Alternativen, welche für jeden Geldbeutel erschwinglich sind. Klimaschutz und soziale Teilhabe müssen sich hierbei gegenseitig bedingen.

5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken

Busse und Bahnen sind für DIE LINKE das Rückgrat des Umweltverbundes. In einer Großstadt wie Leipzig gibt es dazu keine Alternative, wenn wir eine Mobilität wollen, die Teilhabe für alle ermöglicht und trotzdem die Lebensqualität und Umwelt stärkt. Dazu brauchen wir vor allem ein leistungsfähiges, solide finanziertes Nahverkehrsunternehmen in kommunaler Hand, welches in Netz, Fahrpreis und Fahrzeugen attraktiv unterwegs ist. Der von uns beantragte Stopp der Preiserhöhungen für die ÖPNV-Tickets ist in dieser Wahlperiode ausgelaufen. Seit dem Jahr 2021 gibt es wieder jährliche Erhöhungen der Fahrpreise, welche sich jedes Jahr steigern. Damit sich dies nicht fortsetzt, benötigen wir endlich ein Umdenken bei Bund und Land. Aber auch die Stadt muss zusätzliches Geld, über die Querfinanzierung durch die Leipziger Gruppe hinaus, bereitstellen. Neue Wege der Finanzierung müssen nach jahrelangen Diskussionen und Untersuchungen endlich in Angriff genommen werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass eine Einzelfahrt in Leipzig mittlerweile über 3 Euro kostet. Eine solche Preispolitik ist höchst unsozial.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ein solidarisch finanziertes Bürger*innen-Ticket und die entsprechende Gesetzesänderung auf Landesebene

28 **KWP. Sozial, Solidarisch, Stark**

- (im ersten Schritt) eine entgeltfreie ÖPNV-Nutzung für alle Schüler*innen, Azubis und Rentner*innen
- ein vergünstigtes Deutschlandticket für Menschen mit geringem Einkommen bzw. Empfänger*innen von Sozialleistungen sowie Schüler*innen
- die Stabilität der Fahrkartenpreise, besonders der LeipzigPass-Mobilcard
- eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile, neuer Wohngebiete und touristischer Ziele, z.B. durch Reaktivierung der Linie 9 nach Markkleeberg mit direkter Linienführung zum Cospudener See
- eine zügige Planung der Neubaustrecken, vor allem Süd-See, Wahren und Erweiterung Thekla
- den Ausbau des Busnetzes für eine bessere Verbindung von Wohnquartieren (z.B. für Anger-Crottendorf rund um die Gregor-Fuchs-Straße)
- die Beseitigung von Langsamfahrstrecken und damit Lärmreduzierung
- eine dichtere Taktung von Straßenbahnen und Bussen
- die Stärkung der S-Bahn und mehr Haltestellen in den angrenzenden Ortschaften
- die Sicherung stabiler, solider Finanzierungsgrundlagen für den ÖPNV, insbesondere für einen auskömmlichen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag
- autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des ÖPNV
- die Erstattung von Bahn- und Bustickets durch den Einzelhandel, anstelle von Rabatten auf Parkgebühren
- eine Verbesserung der Situation an Haltestellen durch mehr Sitzmöglichkeiten und Mülleimer
- das Engagement der Stadt Leipzig für eine stärkere finanzielle Unterstützung des Freistaats Sachsen und des Bundes zur Finanzierung des ÖPNV
- einen von den LVB unabhängigen Fahrgastbeirat.

5.2. Fußverkehr fördern

Die meisten Menschen sind täglich zu Fuß unterwegs - für ihre täglichen Wege oder auch nur bis zum nächsten Verkehrsmittel. Ohne Fußverkehr geht somit nichts in unserer Stadt. Insbesondere der öffentliche Nahverkehr ist ohne Fußverkehr nicht denkbar. Fußverkehr schließt natürlich Hilfsmittel wie Rollatoren und Rollstühle mit ein. Zufußgehen ist umweltfreundlich und gesund, doch Fußgänger*innen haben immer noch mit vielen Hindernissen zu kämpfen. Als schwächste Verkehrsteilnehmer*innen sind sie strukturell benachteiligt und ihre Bedürfnisse werden in der Planung zu oft zu Gunsten des Autoverkehrs vernachlässigt oder schlichtweg übersehen. Die Probleme reichen vom Platzmangel über zu kurze Grünflächen bis zu unterbrochenen Wegen. Der Fußverkehr muss sicherer und attraktiver werden, damit mehr Leipzigerinnen und Leipziger gern zu Fuß unterwegs sind und ganz nebenbei Lärm- und Schadstoffe vermeiden. Eine gute Infrastruktur für Fußgänger*innen ist daher ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende und macht unsere Stadt freundlicher, da durch Fußverkehr der öffentliche Raum belebt und das subjektive Sicherheitsbefinden gesteigert wird.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine gerechte Raumverteilung in der Verkehrsplanung
- 100 neue Zebrastreifen für Leipzig bis 2030

- die konsequente Umsetzung des Konzeptes „Stadt der kurzen Wege“ sowie der kommunalen Fußverkehrsstrategie
- die Umsetzung des Leipziger Gehwegsanierungsprogramms für eine schnelle Sanierung und gute Pflege unserer Gehwege
- eine problemlose Nutzbarkeit der Gehwege für Menschen mit Behinderungen oder Hilfsmitteln, u.a. durch Blindenleitsysteme und abgesenkte Bordsteine an allen relevanten Orten
- die Vernetzung von Fußwegen zwischen wichtigen Zielen und Einrichtungen
- sichere Wege, die zu allen Tages- und Jahreszeiten gut genutzt werden können durch ausreichende Beleuchtung und einen zuverlässigen Winterdienst
- das Eindämmen von Falschparken auf Fußwegen, z. B. durch verstärkte Kontrollen und mehr Personal im Ordnungsamt
- Gehwege ohne wild abgestellte E-Scooter, unzulässigen Radverkehr oder Mülltonnen, die tagelang den Weg versperren
- die konsequente Entflechtung von Fuß- und Radverkehr für ein besseres Miteinander im Straßenverkehr
- die Entschärfung von Baustellensituationen für Fußgänger*innen
- ein besonderes Augenmerk auf sichere Schulwege, damit auch die Kleinen sicher zu Fuß unterwegs sind (z.B. durch temporäre Schulstraßen und konsequentes Halteverbot vor Ein- und Ausgangsbereichen von Schulen)
- die Schaffung von Möglichkeiten zum Verweilen auf Bänken an Fußwegen
- die Umsetzung des Stadtplatzprogramms zur Schaffung öffentlicher Plätze mit entsprechend großzügigen Fußgänger*innen-Bereichen
- die Verbesserung der Straßenüberquerungsmöglichkeiten, z. B. beim Überqueren von großen Kreuzungen in einer Ampelphase.
- mehr autofreie Fußgängerzonen und Straßenabschnitte nicht nur in der Innenstadt, sondern in jedem Stadtviertel.

5.3. Radverkehr ausbauen

Im Schnitt steigen jeden Tag 170.000 Leipzigerinnen und Leipziger aufs Rad. In einer kompakten Stadt wie Leipzig ist das Fahrrad ein ideales Verkehrsmittel um individuell, umweltschonend sowie gesundheitsfördernd mobil zu sein. Schon lange wird das Rad nicht nur für Wege in der Freizeit, sondern als Verkehrsmittel für alle Wege des täglichen Lebens genutzt. Daher gehört es für DIE LINKE Leipzig zum unverzichtbaren Teil des Umweltverbundes. Noch immer wird dem Rad jedoch zu wenig Platz im Straßenverkehr eingeräumt, gerade das Hauptwegenetz weist große Lücken auf, die es zu schließen gilt. Oft sind ausgewiesene Radwege zu schmal oder enden abrupt an Kreuzungen. Radwege müssen endlich so ausgestaltet werden, dass sie attraktiv und sicher für Radfahrende in jedem Alter sind.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbauinvestitionen für die Förderung des Radverkehrs
- die Erweiterung der Radfahrspuren auf alle Hauptstraßen

30 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- die Ausweisung von zusätzlichen echten Fahrradstraßen, z.B. der Bernhard-Göring-Straße oder dem Rennbahnweg
- die Schaffung von mehr Radverkehrsanlagen und separaten Radwegen, vor allem in den Ortschaften und zur Verbindung der Stadt Leipzig mit den angrenzenden Kommunen
- eine stärkere bauliche Trennung oder Markierung von Radwegen zu stark belasteten Kfz-Spuren
- die Eindämmung des Falschparkens auf Radwegen durch verstärkte Kontrollen
- die Einführung von städtischen Fahrrad-Selbsthilfewerkstätten mit kostenlosem Basisservice
- die Bereitstellung von öffentlichen Luftpumpen und Ladesäulen für (Elektro)Fahrräder, z.B. an allen Mobilitätsstationen der LVB
- mehr Fahrradabstellmöglichkeiten und die Schaffung von Fahrradgaragen, besonders an S-Bahnhöfen, um Pendlerverkehr mit dem Rad zu fördern
- die bauliche Vermeidung von gemeinsamen Geh- und Radwegen, um die Konflikte zu reduzieren
- einen zuverlässigen Winterdienst auf starkfrequentierten Radwegen
- Prüfung und Umsetzung von Haltegriffen und Ampeltrittbrettern an Ampeln im Stadtgebiet, insbesondere an Stellen, an denen Kreuzungen nicht umgebaut werden können, um einen besseren Verkehrsfluss zu gewährleisten
- die zügige Planung und Umsetzung von Radschnellwegen ins Umland, vor allem des Radschnellwegs Leipzig – Halle und des begleitenden Radweges entlang des Elster-Saale-Kanals.

5.4. Autoverkehr vermeiden

Leipzig wurde, wie andere europäische Städte, im letzten Jahrhundert nach den Bedürfnissen des Individualverkehrs umgestaltet. Die Folgen sind gefährliche Verkehrssituationen für schwächere Verkehrsteilnehmer*innen sowie steigende Schadstoff- und Lärmbelastung. Die gesundheitlichen Negativfolgen treffen diejenigen, die aufgrund von weniger Einkommen überproportional häufig an lauten und dreckigen Hauptstraßen wohnen. Mit dem anhaltenden Bevölkerungswachstum von Leipzig darf die Anzahl der Kraftfahrzeuge proportional jedoch nicht mitwachsen, sondern der Autoverkehr muss sich reduzieren, da das Verkehrsnetz schon heute an seine Grenzen stößt. Um dies zu erreichen, benötigen wir eine gerechte Verkehrsraumaufteilung bei der Förderung von Alternativen wie einem guten, preiswerten ÖPNV sowie sicherer Fuß- und Radwege. Weniger Individualverkehr bevorzugt zwangsläufig auch unverzichtbare Fahrzeuge wie z.B. die des Handwerks und der Pflegedienste und sorgt zudem für eine verbesserte Luftqualität in den Wohnquartieren. Wir wollen keinen Kulturkampf auf den Straßen, sondern eine Nutzung der Straßen, die ein gutes Miteinander erlaubt.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Stärkung von Carsharing und die weitere Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Raum, vor allem in Paunsdorf und Grünau
- die Einführung eines Sozialtarifs beim Carsharing, damit ein "Umsteigen" keine Frage des Geldbeutels ist

- mehr Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln, mithilfe von neuen Konzepten, Sackgassen und Einbahnstraßensystemen oder Diagonalsperren
- Parklets, Superblocks und Sommerstraßen für gemeinschaftliche (Um)nutzungen des Stadtraums
- die Lösung der Parkplatznot in den Wohngebieten, beispielsweise durch die konsequente Ausweisung von Anwohner*innen-Parkplätzen
- ein stadtteilbezogenes Parkraum- und Garagenentwicklungskonzept, um den Platzbedarf für den ruhenden Verkehr zu verringern
- die Parkraumbewirtschaftung durch die öffentliche Hand
- den zügigen Ausbau des Park-and-Ride-Systems, besonders um attraktive Umsteigemöglichkeiten für Pendler*innen zu schaffen
- die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau
- die Ausweitung von Tempo 30 km/h, auch auf Hauptstraßen
- die Durchsetzung eines LKW-Durchfahrtsverbotes
- die Förderung neuer logistischer Möglichkeiten für den Lieferverkehr in der Leipziger Innenstadt
- die zügige Markierung von Anlieferzonen oder Kurzzeitparkplätzen z.B. für Handwerker oder ambulante Pflegedienste
- die Unterstützung der mittelständischen Unternehmen bei der Umstellung auf Fahrzeuge ohne Verbrennungsmotor
- die konsequente Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und öffentlicher Raum
- beschleunigten Ausbau der durch die Stadtwerke betriebenen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge mit Schwerpunkt P&R-Parkplätze.

6. Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen, davon zeugen nicht nur die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die Energiekrise sowie der rasant voranschreitende Klimawandel. Auch in Leipzig wird es immer heißer. Im Jahr 2023 war es in unserer Stadt im Durchschnitt bereits 1,3 Grad wärmer als im Jahr 1851. Die Innenstadt verwandelt sich im Sommer nicht nur für gefährdete Gruppen in eine Saunalandschaft. Menschen mit einem kleinen oder mittleren Einkommen spüren die Folgen der Krisen am stärksten. Guter Umwelt- und Klimaschutz ist also durchaus in ihrem Interesse. Mit einer Solaranlage auf jedem Dach machen wir die Mieterinnen und Mieter unabhängiger vom Strommarkt, mit dem Ausbau der Parkanlagen sorgen wir für Erholung im Grünen auch ohne eigene Villa, und mit dem Aufbau städtischer Kantinen ermöglichen wir gesundes und bezahlbares Essen für Alle. Sozialer Umwelt- und Klimaschutz verstärken die Existenzängste nicht, sondern sind das beste Gegenmittel.

6.1. Soziale Energiewende für alle

Die Energiewende bedeutet nicht nur die Abkehr von der Braunkohleverstromung und fossilen Gasheizungen, sondern auch die Chance auf eine stärkere Unabhängigkeit von Großkonzernen und globalen Energiemärkten. Leider spüren viele Menschen die Energiewende bislang vor allem in ihrem Geldbeutel: explodierende Energiepreise aufgrund

32 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

eines ungerechten und intransparenten Strompreissystems, steigende Mieten nach energetischen Sanierungen und Heizungstausch und eine scheinbar unsicher werdende Energieversorgung mit dem Ausbau von Wind- und Solaranlagen. DIE LINKE möchte eine soziale Energiewende, von der insbesondere diejenigen profitieren sollen, die sowieso den geringsten Energieverbrauch haben, aber dafür einen großen Anteil ihres Einkommens für Energie ausgeben müssen. Gerade sie haben etwas davon, wenn ihr Wohngebäude gedämmt und dadurch Heizkosten gespart werden können – solange die Mieten stabil bleiben. Für sie brauchen wir einen schnellen Ausbau von Wind- und Sonnenenergieanlagen und Möglichkeiten, von diesen Anlagen in der Nachbarschaft zu profitieren.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energieanlagen im gesamten Stadtgebiet
- eine Solar-Pflicht für jedes neu zu errichtende kommunale Gebäude, für jeden neuen Parkplatz und bei neuen Gewerbeansiedlungen
- Nutzung großer Gewerbeparkplätze für Solarenergie
- die Möglichkeit der Sonnenernte mittels Solaranlagen in Kleingärten und auf Garagenhöfen
- Mieterstrommodelle für alle Mieterinnen und Mieter der LWB
- Bürgersparmodelle (also eine Art Crowd-Funding) bei den Stadtwerken
- einen finanziellen Ausgleich für die Ortschaften, die Flächen für Windenergie- oder Freiflächensolaranlagen zur Verfügung stellen
- ein gemeinsames Flächenankaufprogramm für erneuerbare Energien und eine bessere Abstimmung mit den Umlandkommunen
- das Verbot von Stromsperrern für die Kundinnen und Kunden der Stadtwerke Leipzig,
- die Einführung von Sozial- und Stromspartarifen
- eine kommunale Preisstabilität für eine ökologische Strom- und Wärmeversorgung
- den Ausbau der kostenlosen kommunalen Energiesparberatung
- ein Förderprogramm „Energieeffizienz mit stabiler Miete“, damit energetische Sanierungen nicht zu steigenden Mieten führen
- ein Sanierungsprogramm für kommunale Gebäude, um die Sanierungsquote zu erhöhen
- Sanierungsbeauftragte in den Quartieren
- den Ausbau des Fernwärmenetzes und die Etablierung von dezentralen Versorgungslösungen im Quartier
- eine stärkere Unterstützung des Vertriebs, der Installation und der Wartung von Wärmepumpen durch die Stadtwerke Leipzig
- ein Verbot von „Heizpilzen“.

6.2. Für eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall reduziert und Ressourcen spart

Egal was wir produzieren und konsumieren - die Grundlage bilden immer natürliche Ressourcen sowie die Lebenszeit derer, die Waren produzieren. Wir wollen mit beidem sparsam umgehen: tauschen, leihen und verschenken. Würden alle Menschen auf der Welt leben wie der deutsche Durchschnitt, bräuchten wir drei Erden. Dabei verbrauchen keineswegs alle gleich viel. Innerhalb der Gesellschaft gibt es große Unterschiede je nach

Einkommen, Bildungsstand, Alter oder auch zwischen Ost und West. Wir als DIE LINKE setzen uns für die sozial gerechte Verteilung und den Schutz dieser Ressourcen ein. Ein essenzieller Bestandteil ist dabei die Wiederverwendbarkeit und die Rückführung von Ressourcen in eine Kreislaufwirtschaft. Wertstoffhöfe müssen von Abfallhöfen zu Sammelstellen der Aufbereitung und Weitergabe transformiert und Initiativen wie Tausch-, Leih- und Umsonst-Läden gefördert werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ein erweitertes Papierkorbkonzept für das gesamte Stadtgebiet mit 500 neuen Papierkörben bis 2026 sowie eine Initiative: Nimm Deinen Müll mit nach Hause!
- eine regelmäßige kostenlose Sperrmüllabholung für Privathaushalte
- einen Reparaturbonus über die Landesförderung hinaus
- einen städtischen Fördertopf für Ressourcenschutz und Abfallvermeidung und die Unterstützung von Repair Cafés, Verleihsystemen und der Aufbau einer Bauteilbörse
- Mülltrennung und Mehrweggeschirr in öffentlichen Einrichtungen und bei öffentlichen Veranstaltungen
- die Unterstützung von "Foodsharing"-Initiativen
- die Einführung eines "Zero Waste"-Labels zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen für öffentliche Kantinen, Schulen und Kitas
- solidarische Kleiderspenden statt privater Textilsammelstellen: Die Stadt soll selbst Kleiderspenden sammeln und diese gemeinnützig verwerten
- ein städtisches Second-Hand-Kaufhaus
- Tauschchecken für gebrauchte Möbel und andere Dinge auf den Wertstoffhöfen.

6.3. Für eine sozial-gerechte ökologische Landwirtschaft

Die Preise für Nahrungsmittel explodieren. Viele Menschen wollen sich gesund und mit gutem Gewissen ernähren, können es sich aber nicht leisten. DIE LINKE kämpft für gutes, bezahlbares Essen für alle. Die Zahl der Menschen, die auf Lebensmittelspenden wie beispielsweise der Tafeln angewiesen sind, hat sich in den letzten Jahren auch in Leipzig deutlich erhöht. DIE LINKE setzt sich für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft ein, die nicht große Konzerne in den Mittelpunkt stellt, sondern die Versorgung der Menschen mit guten Lebensmitteln. Alle Menschen in Leipzig sollen die Möglichkeit bekommen, ökologisch produzierte Lebensmittel aus der Region günstig einkaufen zu können – sei es auf dem Wochenmarkt oder in Supermarkt/Kaufhalle.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- einen städtischen Betrieb "Kommunale Leipziger Küchen" zur preiswerten Versorgung von Kindertagesstätten, Schulen und Kantinen mit regionalen und möglichst ökologisch erzeugten Lebensmitteln durch die Stadt Leipzig
- die Stärkung der solidarischen Landwirtschaften (Solawi) durch Förderung und Verteilstationen in kommunalen Einrichtungen
- die Sicherung der kommunalen landwirtschaftlichen Flächen
- den Schutz der Existenz regionaler Landwirte vor Preisdumping durch eine soziale Vergabepolitik

34 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- die Nutzung der kommunalen Landwirtschaftsflächen für die Produktion ökologischer, fair produzierter, gesunder Lebensmittel
- einen kommunalen Landwirtschaftsbetrieb, der das Recht hat, landwirtschaftliche Flächen zu kaufen, damit sie nicht an große Discounter fallen
- weniger Lebensmittelverschwendung in kommunalen Einrichtungen durch Kooperationen mit lebensmittelrettenden Organisationen
- einen Runden Tisch „Legales Containern“ in Leipzig
- die Förderung regionalen Konsums z.B. durch Wochenmärkte und regionale Produkte in öffentlichen Einrichtungen.

6.4. Gute Klimapolitik ist soziale Politik

Klimaschutz und Klimaanpassung sind das Gebot der Stunde, wenn wir eine lebenswerte Stadt erhalten wollen. Doch wenn es um Klimaschutz geht heißt es viel zu oft, wir säßen alle im selben Boot. In Deutschland emittieren die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung genauso viel CO₂, wie die gesamte ärmere Hälfte und der CO₂-Anteil der Reichen steigt weiter. Aber auch die Klimafolgen sind nicht gleich verteilt: Während die einen sich in ihrem Pool abkühlen können, können sich andere nicht vor der Extremhitze schützen, was gerade im Alter ein erhebliches Risiko mit sich bringt. DIE LINKE kämpft für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, die nicht moralisieren oder am Geldbeutel scheitern, sondern für die Mehrheit der Bevölkerung mehr und nicht weniger Lebensqualität bedeuten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Behandlung der Klimafrage als soziale Frage im Energie- und Klimaschutzprogramm 2030
- einen Umweltgerechtigkeits-Atlas für die Stadt Leipzig
- ein Programm zum Umtausch von „Stromfressern“ (energieineffiziente Geräte) für Inhaberinnen und Inhaber des Leipzig Passes
- Hitzetarife in den Schwimmbädern, kostenlose Sonnencreme an den Badestränden und mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der ganzen Stadt
- die Gewährleistung der Alters- und Geschlechtergerechtigkeit bei allen städtischen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel (z.B. bei der Erstellung des Hitzeschutzplanes der Stadt Leipzig)
- klimaangepassten Wohnungsbau und die Umrüstung von Bestandswohnungen sowie sozialen und medizinischen Einrichtungen, z.B. durch Klimaanlage, Rollos und Markisen und natürlichen Hitzeschutz (Bäume und Begrünung)
- den Erhalt von Frischluftschneisen und Grünflächen in Bebauungsplänen
- Aktionspläne für Extremwetterereignisse
- Klimaschutz- und Anpassungsmanagerinnen und -manager für mehr Bürgerbeteiligung in den Quartieren
- Klimakonferenzen und andere Beteiligungsformate in den Stadtteilen, insbesondere zur Wärmewende
- temporäre Beschattungsmaßnahmen (Sonnensegel) auf öffentlichen Plätzen und in Grünanlagen
- die ausreichende Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren.

6.5. Natur- und Umweltschutz vor Profitinteressen

Der Lebensraum für Tiere und Pflanzen in Leipzig schrumpft. Selbst sogenannte Allerwelts-Arten, wie Spatzen, werden seltener. Naturschutz gilt gesellschaftlich als Verhinderer, Kostenfaktor/Preistreiber oder Luxusproblem. Doch die Realität sieht anders aus: allzu oft wird Naturschutz den privaten Profitinteressen untergeordnet. Dabei hätte die Mehrheit der Bevölkerung durch effektiven Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen mehr zu gewinnen als zu verlieren. Ihre Leistungen kommen allen zugute: sie reinigen Luft und Wasser, bestäuben die Pflanzen unserer Mahlzeiten und kühlen die Stadt.

DIE LINKE will daher die Stadt als Naturraum erhalten und ausbauen. Wer Profite mit einer grünen Stadt(umgebung) macht oder Natur zerstört, soll auch in die Förderung und den Erhalt investieren. Insbesondere Leipzigs Auwald ist ein einzigartiges Gebiet, welches wir schützen müssen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- ein Naturschutzgroßprojekt für den Leipziger Auwald sowie die schnelle Erstellung eines Auen-Entwicklungs- und Kommunikationskonzeptes
- ein städtisches Programm für den Schutz, den Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt
- die konsequente Ahndung illegaler Baumfällungen
- die Kontrolle von Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen bei Baumfällungen
- die Schaffung der personellen und materiellen Bedingungen für die Umsetzung des Straßenbaumkonzeptes (1000 neue Bäume, jedes Jahr)
- einen Waldanteil von mindestens 10 Prozent der Gesamtfläche Leipzigs
- den Ausbau des Schulbiologiezentrums zu einem Zentrum für Nachhaltigkeitsbildung
- die finanzielle Stärkung der Stadtreinigung für die vollständige Pflege von städtischen Grünflächen
- den Schutz des Cospudener Sees vor der Freigabe für die unbegrenzte Nutzung durch Motorboote
- die weitere Unterstützung der Kleingartenvereine bei der Entwicklung und dem Erhalt ihrer Anlagen als Zentren der Naherholung und der aktiven Freizeitgestaltung.

6.6. Für eine lebenswerte Stadtentwicklung und ein Recht auf Grün für alle

Leipzig braucht Platz für Schulen, Kitas und bezahlbare Wohnungen. Es wird aber nicht nur für den guten Zweck, sondern auch für den Profit gebaut. Die Folgen dieser Entwicklung: Freiräume zur Erholung werden der Allgemeinheit entrissen, Frischluftschneisen zubetoniert, kühlende Grünflächen und Bäume wegplaniert, Lebensräume für Tiere und Pflanzen in der Stadt verschwinden. Glücklicherweise kann sich da, wer ein Haus mit Garten hat.

Wir wollen den Konflikt zwischen Umweltschutz und den Flächenbedarf einer wachsenden Stadt durch eine nachhaltige Stadtentwicklung auflösen. Jeder Leipziger und jede Leipzigerin hat das Recht auf eine grüne Nachbarschaft und einen Park in geringer Entfernung (Recht auf Grün). Durch Nachverdichtung bereits bebauter Gebiete wollen wir verhindern, dass unberührte Bereiche in Anspruch genommen werden müssen. Wer in

36 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

Leipzig baut, trägt die Verantwortung, dazu etwas beizutragen und den Verlust von Stadtnatur zu verhindern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine verpflichtende Dach- und Fassadenbegrünung
- Grüne Innenhöfe für alle Neubauprojekte und den Umbau von Bestandsbauten
- ein Artenvielfalts-Konzept für jeden neuen Bebauungsplan
- den Ausgleich jedes Baums auf Kosten der Investoren im Rahmen von Bebauungsplänen
- einen Leipziger Energie- und Baustandard unter Berücksichtigung von Aspekten des Umwelt- und Artenschutzes
- ein Konzept „Doppelte Innenentwicklung“ für den Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“, aber auch „mehr Grün vom Grundstück“ durch höhere Bebauung
- ein Ankaufprogramm von Flächen zur Flächenbevorratung, insbesondere für Grünflächen und Ausgleichsmaßnahmen für Bebauung
- ein sozial-ökologisches Liegenschaftsmanagement, das Umweltschutz und Flächenbedarf in Einklang bringt
- mehr Multifunktionalität bei Neubauten, z.B. durch stapelnde Bauweise
- dem Umbau von Plätzen, wie dem Wilhelm-Leuschner-Platz, zu grünen Oasen im Rahmen des Stadtplatzprogramms
- die Etablierung eines „Rechts auf Grün in nur fünf Minuten Entfernung“ im Rahmen des Masterplans Grün
- ein ökologisches Pflegehandbuch für jeden Park
- kein Neubau auf den Brachflächen des Plagwitzer Bahnhofs und weitere Entwicklung aller örtlichen Flächen als öffentlicher grüner Freiraum
- Öffnung der Grünflächen öffentlicher Einrichtungen für Urban Gardening
- die ganztägige öffentliche Nutzung von städtischen Flächen, wie z.B. Schulhöfen
- die Förderung der Vielzahl kleiner Leipzig Läden in den Wohngebieten für eine wohnortnahe Versorgung.

7. Wir alle sind Leipzig

Unsere Stadt kann auf eine über 1.000 Jahre alte, wechselvolle Geschichte zurückblicken, die für die Leipziger*innen identitätsstiftend ist. Leipzig hat sich in den vergangenen Jahrhunderten als weltoffene Bürger*innen-Stadt entwickelt, die tolerant, friedlich, engagiert und mitunter auch rebellisch ist. Diese Traditionen gilt es zu bewahren und weiterzuführen.

Leipzig ist unser Zuhause – sowohl die Kernstadt als auch die Ortschaften. Die 63 Ortsteile sind unser Wohnzimmer, ein Ort der Nachbarschaftshilfe, der Vertrautheit und Geborgenheit. Leipzig ist ein Ort des vielfältigen kulturellen Angebots, der Innovationen, der Freiräume für verschiedene Communities und des Willkommens für Menschen aus anderen Ländern und von anderen Kontinenten. Gerade diese Vielfalt ist eine Chance für Integration und ein friedliches Zusammenleben in der wachsenden Stadt.

Auf Landesebene fordert DIE LINKE die Herabsetzung des Wahlalters in Kommunen auf zunächst 16 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das Kommunalwahlrecht soll auf Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende

Menschen ohne deutschen Pass eingeführt werden. Das hohe Quorum für Bürger*innen-Entscheide soll in Sachsen deutlich gesenkt werden.

7.1. Leipzig gemeinsam gestalten

Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei. Demokratie ist kein »fertiger« Zustand; Demokratie muss Tag für Tag von Bürger*innen erkämpft werden. Sie muss aber auch im Alltag gelebt werden können: auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Es ist und bleibt Aufgabe der Politik, Bürger*innen mehr Beteiligung zu ermöglichen. Alle Menschen sollen sich in die Stadtpolitik einmischen und mitentscheiden können. DIE LINKE steht für ein vielfältiges Leipzig, in dem Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben. Von demokratischer Teilhabe lebt die Stadtgesellschaft. Das ist in Leipzig gute Tradition und das hat in einer wachsenden Stadt auch gute Perspektiven.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die verstärkte Wahrnehmung der friedenspolitischen Verantwortung der Stadt Leipzig z.B. im internationalen Städtenetzwerk „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden)
- die öffentliche antifaschistische demokratische Positionierung sowie die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte
- die Durchführung von Bürger*innen-Entscheidungen zu politisch bedeutsamen Fragen wie z.B. eine mögliche Olympiabewerbung
- die direkte Mitsprache der Bürger*innen, die wir durch eine Senkung des Zustimmungsquorums bei Bürgerentscheidungen auf 15 Prozent erleichtern wollen
- den Ausbau einer angemessenen und wirksamen Budgetverwaltung und demokratische Stärkung der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte, z.B. durch Direktwahl
- die Erhaltung und der Ausbau eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürger*innen-Haushaltes und eines öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners
- eine transparente und bürger*innen-freundliche Informationspolitik der Stadtverwaltung
- die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, z.B. durch die substantielle Weiterentwicklung der Freiwilligenagentur, den Ausbau von Stadteilzentren und der Förderung von Beteiligungsbüros für Bürgerinnen und Bürger
- ein besser gefördertes Ehrenamt in den Leipziger Sportvereinen u. a. angesichts der Herausforderungen durch Integration und Inklusion
- Verbesserung von Qualifizierungsmaßnahmen für das Ehrenamt, Abbau der Bürokratie im Ehrenamt und Ausbau der Digitalisierung zur Erfüllung der Aufgaben
- Förderung sozialarbeiterischer Fanprojekte zur Förderung und Ausbau demokratischer Fankulturen im Sport.

7.2. Kultur für alle

Leipzig gewinnt seine Ausstrahlung und Anziehungskraft wesentlich durch die vielfältige kulturelle Szene und kreative Menschen. Kultur ist zentral für das Selbstverständnis unserer Stadt und deren Entwicklung als weltoffene Metropole. Kultur ist ein Grundbedarf, denn sie bildet und fördert ein kritisches Bewusstsein, sie stärkt maßgeblich den Zusammenhalt und das demokratische Miteinander in unserer Stadt. DIE LINKE versteht Kulturpolitik als unverzichtbaren Bereich der Daseinsvorsorge.

Das wertvolle und in seiner Vielfalt einmalige Kulturleben Leipzigs muss erhalten und weiter entwickelt werden. Dazu sollen Verlässlichkeit und hinreichende Zuschüsse für die Stabilität bewährter Strukturen im Bereich der Eigenbetriebe Kultur sorgen. Wir stehen für den Erhalt und die Schaffung nichtkommerzieller Freiräume für Kunst und Kultur. Angesichts der Verdrängungsprozesse in einer wachsenden Stadt und vor dem Hintergrund ökonomischer Zwänge bei der Existenzsicherung werden wir weiterhin für die Sicherung von Räumen für Kultur streiten – Kulturpolitik ist Infrastrukturpolitik.

7.2.1. Kultur muss sich lohnen

Teilhabe an Kultur und kulturelle Bildung müssen für alle Bevölkerungsgruppen unserer zunehmend diversen Stadtgesellschaft ermöglicht werden. Dazu müssen wir die gewachsenen vielfältigen kulturellen Strukturen erhalten und diese stadträumlich differenziert sowie inklusiv und transkulturell weiterentwickeln und ausbauen. Vor allem müssen wir aber allen Kulturschaffenden eine faire und angemessene Bezahlung in Projekten und Institutionen zusichern.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt Leipzig mit ihren Eigenbetrieben Kultur und die finanzielle Absicherung aller städtischer Kultureinrichtungen
- sozialverträgliche Eintrittspreise
- die Absicherung der Vielfalt der freien Kulturszene durch die Fortschreibung der Dynamisierung bzw. Anhebung der Fördermittel
- den Erhalt und die Absicherung aller Soziokulturellen Zentren in Leipzig sowie die Etablierung eines Soziokulturellen Zentrums im Robert-Koch-Park
- mehr Planungssicherheit von Kulturangeboten in der Freien Szene durch ein angemessenes Budget für eine Basisförderung als neues Instrument in der Fördermittelvergabe
- die Verstetigung des Stipendienprogramms für freie Kulturschaffende aller Sparten
- den Aufbau eines unabhängigen Kompetenzzentrums für die Freie Kulturszene.

7.2.2. Kulturelle Vielfalt für alle

Das Schwerpunktthema kulturelle und demokratische Bildung muss weiterentwickelt werden. Kinder und Jugendliche brauchen Teilhabe an Kultur. Ohne sie fehlen ihnen wichtige Kompetenzen, was nicht nur einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entgegenwirkt, sondern letztlich sogar Ausgrenzung begünstigt. Deswegen muss Kultur allen überall in der Stadt zugänglich sein. Wir begreifen kulturelle Vielfalt und

Migrationsgeschichten als Bereicherung für die neue Stadtgesellschaft und würdigen all diejenigen, die zur kulturellen Vielfalt unserer Stadt heute und in der Vergangenheit beigetragen haben.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den gezielten Ausbau von kulturellen Angeboten und Nachbarschaftsprojekten in den Ortschaften und Schwerpunktgebieten
- den Ausbau von dezentralen Angeboten der kulturellen und demokratischen Bildung für Kinder und Jugendliche
- die Weiterentwicklung der städtischen Museen und Bildungseinrichtungen als „Dritte Orte“ bzw. Begegnungsorte
- die Öffnung der städtischen Kulturinstitutionen durch Schaffung neuer Zugänge und Sichtbarkeiten für Gruppen der Gesellschaft, die bisher nicht ausreichend erreicht wurden
- die Stärkung und Förderung von kulturellen Vorhaben von Migrant*innen, die Würdigung der Lebensleitungen von Frauen (FLINTA*) u.a. in Themenjahren
- die inklusive Gestaltung von Bildungsangeboten, barrierefreie und inklusive Zugänge zu Kulturangeboten, sei es durch bauliche Maßnahmen oder zum Beispiel mit Audiodeskription
- die Einbeziehung und Unterstützung von kulturellen Akteur*innen mit Behinderungen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention
- die Umsetzung der Richtlinie Kunst am Bau bei allen kommunalen Bauvorhaben, besonders bei Schulen und Kitas
- die Entwicklung und Umsetzung eines Programms für Kunst im öffentlichen Raum
- eine verlässliche Förderung der Koordinierungsstelle Graffiti und die Schaffung von neuen legalen Graffitiflächen
- für die bauliche Umsetzung und Neuausrichtung des Naturkundemuseums und des Sportmuseums; beide Vorhaben sollten in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden.

7.2.3. Neue Kulturorte

Um kulturelle Vielfalt zu sichern, brauchen Kulturschaffende Räume. Diese werden in Leipzig knapper und teurer. Leerstehende bzw. freierwerdende stadteigene Gebäude sollen deshalb einer kulturellen Nutzung zugeführt werden, dazu zählen z.B. Gemeindeämter, Rathäuser und Kliniken.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- beteiligungsorientierte und nachbarschaftsorientierte Konzepte wie die Nutzung des „Kinos der Jugend“ als Soziokulturelles Zentrum und der „Ostwache“ als Raum für Kulturschaffende
- die Sicherung und Schaffung preiswerter Atelier- und Probenräume in Leipzig
- die Unterstützung und den Erhalt von unabhängigen Kunst- und Kulturräumen in den Quartieren
- die Realisierung eines Filmkunsthauses, um Filmkunst langfristig in Leipzig zu sichern

40 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- eine verbindliche Kulturquote bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken und -objekten
- die finanzielle Absicherung des traditionsreichen DOK-Filmfestivals.

7.2.4. Leipzig liest

Neben der Volkshochschule und der Musikschule zählen die Bibliotheken zu den meistgenutzten Bildungs- und Kultureinrichtungen in Leipzig mit generationsübergreifenden Angeboten für lebenslanges Lernen. Die Entwicklung der Bibliothekslandschaft mit transkultureller Öffnung und umfassender Barrierefreiheit ist eine gesamtstädtische Aufgabe. Wir wollen die Bibliotheken als kulturelle Ort weiterentwickeln, die neben dem Zuhause und dem Arbeitsplatz elementare Sozialräume der Stadtgesellschaft sind. Bibliotheken werden zunehmend digital und sollten verstärkt Medienkompetenz vermitteln. In der wachsenden Stadt müssen wir die Bibliotheken erhalten und den Bedarfen der diversen Stadtgesellschaft anpassen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Ausbau der Stadtteilbibliotheken in Paunsdorf, Schönefeld und am Runkiplatz
- den Erhalt der Bibliothek in den Ortsteilen, u.a. in Holzhausen
- die Ausstattung der Bibliotheken mit digitalen Angeboten und die Förderung von E-Learning
- die Aufstockung des Medienetats und die Absicherung des Personals inklusive der Medienpädagogik
- die Entwicklung und auskömmliche finanzielle Untersetzung des Bildungszentrums Grünau mit Stadtteilbibliothek sowie Angeboten der kulturellen Bildung und Bürger*innen-Amt
- die Entstehung eines gemeinsamen neuen barrierefreien Bildungscampus für die Volkshochschule und die Musikschule "Johann Sebastian Bach" in zentraler Lage am Wilhelm-Leuschner-Platz
- eine gute Bezahlung sowie die soziale Absicherung der Honorarlehrkräfte an der Volkshochschule.

7.2.5. Leipzig feiert

Leipzig hat ein buntes und bewegtes Nachtleben. Zahlreiche Kultureinrichtungen und Clubs bieten jungen und alten Einwohner*innen und Gästen Platz zur Entfaltung und zum Feiern. Gleichzeitig hat die Verdrängung von Lokalitäten durch Bauvorhaben längst begonnen. Clubs mussten Neubauprojekten weichen. Investor*innen ignorieren die gewachsenen und etablierten kreativen Einrichtungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die höhere Gewichtung von kulturellen Bestandsnutzungen gegenüber Bauinvestor*innen
- Beratungs- und Fördermöglichkeiten für bessere Lärmschutzisolierungen, um ein konfliktfreies Miteinander von Kulturorten und Wohnbebauung zu ermöglichen
- „Kulturschutzzonen“ mit besonderen Regelungen für Emissionsschutz und Ordnung

- die Bereitstellung städtischer Freiflächen für nichtkommerzielle Open-Air-Kulturveranstaltungen
- die Einführung des „Agent of Change“-Prinzips, durch welches Bauherren dazu verpflichtet werden, bei Bauvorhaben in Clubnähe für passiven Lärmschutz zu sorgen
- eine nachhaltige Kulturpolitik, die ökologische Aspekte berücksichtigt und sich für den Klimaschutz engagiert.

7.3. Moderne und bevölkerungsnahe Verwaltung

Die Leipziger Stadtverwaltung muss sich vor dem Hintergrund des weiteren Wachstums der Bevölkerungszahl und der Migrationsbewegungen den Herausforderungen der digitalisierten Welt stellen. Die Entwicklung der Verwaltung und ihrer Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt wollen wir bürgernah, modern und barrierefrei gestalten.

Digitalisierung widerfährt uns nicht, sondern ist ein politischer Prozess, der sozial gerecht und nachhaltig gestaltet werden muss. Digitalisierung ist weder reiner Selbstzweck noch universelle Lösung, sondern muss immer konkretes Werkzeug für ein existierendes Problem sein. DIE LINKE sieht darin Chancen für Selbstorganisation, Selbstbestimmung und alternatives Wirtschaften, zugleich aber auch ernste Gefahren durch staatliche Überwachung und kapitalistische Verwertungslogik.

Wir wollen die Internationalität sowie die interkulturelle und sprachliche Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der städtischen Einrichtungen gezielt fördern. Dabei können ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und Überlastung der Beschäftigten nicht länger hingenommen werden. Denn zufriedene Mitarbeiter*innen sorgen durch gute Dienstleistungen für zufriedene Bürgerinnen und Bürger. Pauschale Stellenstreichungen und Kürzungen lehnen wir ab.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- gute Erreichbarkeit der Stadtverwaltung über die Bürgertelefone und Bürgerbüros sowie barrierefreie Zugänge über das Internet auch für Menschen mit geringen technischen und sprachlichen Kenntnissen (einfache Sprache)
- zeitnahe Terminbuchungen für Bürgerbüros per Telefon oder elektronisch über das Internet für die Erledigung vor Ort
- die Erweiterung der Dienstleistungsangebote zur digitalen und videobasierten Abwicklung, auch ergänzt um Ausweis-, Pass- und Melderegisterangelegenheiten
- ein modernes Personalentwicklungskonzept und offensive Personalgewinnung, um freiwerdende Stellen schnell wiederzubesetzen
- die Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge für die Gestaltung hochwertiger und bürgernaher Dienstleistungen sowie schnellerer Verwaltungsabläufe; Zugleich sollte darauf geachtet werden, dass die Digitalisierung nicht als Vorwand für Stellenstreichungen und personalfeindliche Kürzungen/ Maßnahmen missbraucht wird (z. B. die Nutzung von Technologien zur Leistungsüberwachung oder "Shared-Desk/ Desk-Sharing" bei zu wenigen Arbeitsplätzen oder gegen die Bedürfnisse und Wünsche der Angestellten).
- Städtezusammenschlüsse zur Realisierung digitaler Bürger*innen-Projekte und der weiteren Digitalisierung der kommunalen Ebene über den Deutschen Städtetag

42 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- den flächendeckenden Ausbau von freiem WLAN in den öffentlichen Unternehmen und Behörden sowie den Kultureinrichtungen
- die Unterstützung der Entwicklung von Open Data, Open Source und Open Government, um die Transparenz, die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft zu stärken, unter anderem durch Schaffung einer städtische Transparenzsatzung
- den Ausbau der Angebote der digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Meinungsbildung und zum breiten Diskurs über stadtpolitische Themen
- die Möglichkeit, neue Arbeits(zeit-)modelle in der Stadtverwaltung zu erproben und dauerhaft umzusetzen.

7.4. Sport als Motor des sozialen Zusammenhaltes

Fast dreiviertel aller Leipziger*innen sind sportlich aktiv, davon sind etwa 100.000 als Mitglieder in 400 Leipziger Sportvereinen organisiert. In der wachsenden Stadt steigen auch die Anforderungen an den organisierten und individuellen Sport. Bestehende Sportanlagen und Bolzplätze sind vielfach durch Bebauung bedroht. Sport und Wohnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Neue Stadtquartiere müssen mit Sportanlagen ausgestattet werden. Dabei dürfen Grün- und Freiflächen für den Individualsport nicht fehlen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, einen verbindlichen Standard zu entwickeln, der auch für private Investoren gilt und in Bebauungsplänen bzw. Städtebaulichen Verträgen durch die Verwaltung verbindlich geregelt wird.

Die Förderung des Fairplays und der Nachhaltigkeit im Sport als Werte, die sowohl im sportlichen als auch im gesellschaftlichen Bereich gelten sollen, die Anerkennung von Sportarten unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Religion und die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks von Sportaktivitäten sind Ziele von uns LINKEN.

E-Sport und Gaming werden teilweise wie Sport betrieben. Darin kann eine Chance liegen, gerade auch Jugendlichen niedrigschwellig und barrierearm Raum zu geben, der den integrativen sozialen Austausch befördert. Hierfür möchten wir auch notwendige Rahmenbedingungen und mögliche Förderungen diskutieren. Ein gut ausgebautes, öffentliches Angebot kann schädlichen, profitorientierten Strategien im Spielvertrieb entgegenwirken und Kinder- und Jugendschutz bedenken.

7.4.1. Konsequente Sanierung und Modernisierung der Sportinfrastruktur

Leipzig wächst. Das Angebot an Sportmöglichkeiten muss erhalten bleiben und ausgebaut werden. DIE LINKE fordert eine ausreichende Finanzierung für die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten, Sporthallen, Schwimmbädern und Sportplätzen. Wir unterstützen die Beteiligung von Nutzer*innen und Anwohner*innen bei der Planung und Gestaltung von Sportanlagen. Leipzig ist Sitz des Landessportbundes und vieler weiterer Landesfachverbände. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dies so bleibt. Die Potenziale des ehemaligen Schwimmstadions im Sportforum sind dabei auszuschöpfen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- den Neubau eines Hauses des Sports in Leipzig, um Vereinen und Verbänden einen krisensicheren Standort zu gewähren
- die weitere Sanierung von Leipzigs Sportstätten, z.B. des Erich-Steinfurth-Stadions und der Sporthalle Teichstraße
- den Neubau weiterer Sporthallen, u.a. in Böhlitz-Ehrenberg
- den Neubau von mindestens zwei weiteren Schwimmhallen
- die Sanierung der Kuppelhallen vom Kohlrabizirkus
- den Neubau und die Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum, so wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie Calisthenics-Anlagen
- Maßnahmen, die eine ganzjährige Nutzung von Sportplatzanlagen ermöglichen, wie Kunstrasenplätze und Beleuchtungsanlagen
- die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Bodenbeläge sowie die Erweiterung der Radwegeverbindungen, einschließlich Lückenschließungen
- eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen durch die Verwaltung
- eine angemessene und dem jeweiligen Bedarf angepasste Förderung der Pachtvereine zur Unterhaltung und Ertüchtigung der Sportflächen bei Beibehaltung des Pachtzinses von 1 EUR pro Jahr
- mehr Hallenwart*innen in den Leipziger Schulsporthallen
- das Budget der Sportförderung von aktuell 20 EUR je organisiertem Mitglied auf 30 EUR je organisiertem Mitglied erhöht wird.

7.4.2. Rahmenbedingungen für den Spitzensport entwickeln

Zur Sportstadt Leipzig gehört ein leistungsfähiger Spitzensport. Wir wollen den Leistungssport in Leipzig fördern und fair gestalten. Große nationale und internationale Sportevents sollen sozialen, inklusiven, ökologischen und nachhaltigen Ansprüchen genügen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, der die Bereitstellung öffentlicher Mittel für große Sportevents von der Erfüllung dieser Kriterien abhängig macht. Wir stehen für eine transparente Vergabe von Fördermitteln an Spitzensportvereine. Traditionsreiche Sportanlagen wie der Alfred-Kunze-Sportpark und das Bruno-Plache-Stadion stehen für die Leipziger Sport- und Fußballgeschichte und müssen weiter für die Zukunft fit gemacht werden.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen - Betreuung, Infrastruktur, Trainingsmöglichkeiten, Duale Karriere - entlang der leistungssportlichen Karriere der Leistungssportler*innen
- das Berufsbild von Trainer*innen zu stärken und die Hauptamtlichkeit auszubauen
- eine angemessene soziale Absicherung von Leistungssportler*innen
- die angemessene Finanzierung des Olympiastützpunktes Sachsen am Standort Leipzig
- die Prüfung der Voraussetzungen einer Olympiabewerbung durch den DOSB ab 2036 nach ökologischen und sozialen Standards

44 KWP. Sozial, Solidarisch, Stark

- die Sportanlagen im Alfred-Kunze-Sportpark und im Bruno-Plache-Stadion im Verbund mit dem Freistaat Sachsen und den Vereinen zu ertüchtigen und für den jeweiligen Ligaspielbetrieb auszustatten
- die Sicherung der Trainingsstätten für den Hochleistungssport, insbesondere den Schwimmsport
- den Neubau einer weiteren bundesligatauglichen Wettkampfhalle im Sportforum
- die Sanierung und Aufstockung der Arena
- den Neubau einer Multifunktionshalle für die Leichtathletik auf der Nordanlage
- die Sanierung des Olympiastützpunktes an der Hans-Driesch-Straße
- die sofortige Rücknahme der Kürzungen beim Institut für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT)
- für frühzeitige Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen und konsequentes Entgegenwirken von Doping- und Medikamentenmissbrauch zusammen mit Sportvereinen, Verbänden und Schulen.

7.4.3. Kitas, Schulen, Unis, Sportvereine vereint im sportlichen Miteinander

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und nachhaltige Förderung des Breiten-, Freizeit- und Vereinssports in Leipzig ein. DIE LINKE möchte das alle Menschen Zugang zu Sportangeboten haben. Die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im Hochleistungssport werden im Schul- und Breitensport geschaffen. Vom Kleinkindalter an ist Sport eine wichtige Basis für ein gesundes Leben.

Wir wollen den Schulsport stärken und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen verbessern. Wir fordern eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung mit Sportlehrer*innen und eine Erhöhung der Sportstunden in allen Schulformen. Wir unterstützen die Einrichtung von Ganztagschulen mit vielfältigen Sportangeboten.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten Schulsports
- mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und Sportvereinen
- geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen
- kostenfreie Schwimmkurse für alle
- die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung für nichtorganisierten Freizeitsport
- die Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Leipziger Hochschuleinrichtungen und den Leipziger Sportvereinen.